

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsbüro: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: C. F. Kuhn, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Litke.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 26,00 M., Einzelnummer 80 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5-spaltige Nonpareilzeile 1,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 5-spaltige Helmezeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Annahme an vorgedruckten Tagen. Für Briefüberlegung 60 Pf.

Nr. 51

Dresden, Mittwoch den 1. März 1922

33. Jahrg.

## Der erste Schritt

Die Bedeutung der Frankfurter Fünfkänder-Konferenz liegt einmal in den dort gefassten Beschlüssen. Engländer und Franzosen, die Belgier und Italiener nicht zu vergessen, haben sich verpflichtet, auf eine rasche Klärung der besetzten Gebiete und auf eine Ermöglichung der deutschen Wiedervereinigung der zerstörten Gebiete hinzuwirken. Das ist unendlich ein ganz großer moralischer Erfolg. Schon die Tatsache allein, daß große Parteien der Entente-Länder gegen das Unrecht protestieren, das Deutschland durch die Politik der Besetzungen leidet, und daß sie den Vertragsbruch beurteilen, der durch die Aufhebung der Penionsentschädigungen auf die Schultern Deutschlands verfallen ist, hat ihre außerordentliche Bedeutung. Diese Parteien sind aber überdies nicht irgendeiner. Ganz besonders die englische Arbeiterpartei hat einen sehr starken Einfluß auf die öffentliche Meinung ihres Landes, wie sich schon aus ihren fortgesetzten Wahlreden ergibt.

Der Wert der Beschlüsse wird dadurch gegeben, daß sie einstimmig gefaßt wurden.

„Es ist in der Tat“ — schreibt Friedrich Adler — „ein großer Fortschritt auf dem Wege der Aktionsfähigkeit des internationalen Proletariats erlangt worden. Die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse Westeuropas hat sich zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden. Sicher wäre es eine Selbsttäuschung, wollte jemand behaupten, es wäre keine ernste theoretische und tatsächliche Differenz unter den auf der Konferenz vertretenen Parteien; aber das Wichtigste war, daß die volle Loyalität des Willens zur gemeinsamen Arbeit mit aller Deutlichkeit sichtbar wurde.“

Darüber hinaus stellt die Konferenz einen wesentlichen Fortschritt der Bestrebungen dar, eine aktive, leistungsfähige sozialistische Internationale wieder aufzubauen. Noch im Sommer 1920, anlässlich des Genfer Sozialistenkongresses, weigerten sich sowohl die deutschen Unabhängigen wie die Franzosen, sich mit den Vertretern der 2. Internationale an einen Tisch zu setzen. Sie gründeten statt dessen eine neue Internationale — Genf 214 genannt. In Frankfurt haben sich — zum ersten Male nach dem Kriege — die Vertreter der maßgebenden sozialistischen Arbeiterparteien Englands, Deutschlands und Frankreichs an einem Tisch zusammengefunden. Die internationale sozialistische Verbindung zwischen Paris und London und Paris und Berlin ist wiederhergestellt.

Neben der Fünfkänderkonferenz tagten auch die Exekutiv-

iven der beiden Internationalen in Frankfurt. Zuerst jede für sich, dann fanden gemeinsame Besprechungen statt, um eine allgemeine internationale Konferenz zu ermöglichen.

Das Exekutivkomitee der 2. Internationale hat sich im Interesse der Einigung nicht grundsätzlich gegen ein Zusammentreffen mit den Anhängern Moskaus geäußert. Es hat aber dafür seine Bedingungen aufgestellt, die die Vergewaltigung Georgiens und die Entfremdung nichtsozialistischer Sozialisten in Rußland betreffen, wogegen sich die Vertreter der französischen Sozialisten und der deutschen Unabhängigen ihrer ganzen bisherigen Haltung noch nicht wehren konnten.

Die Frankfurter Sozialistenkonferenz ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege, der das internationale Proletariat wieder zusammenführt. Die Antwort Moskaus wird zeigen, ob auch dort der Wunsch besteht, die Steine fortzuräumen, die den Weg bisher verkerren.

## Oberschlesische Fragen

Genf, 28. Februar. Die das Völkerbundsekretariat mitteilt, sind gestern beim Präsidenten Calander eine Besprechung zwischen dem Deutschen und den polnischen Bevollmächtigten statt, an der auf deutscher Seite Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär a. D. Lewald, auf polnischer Seite Dlugawski und Wolny teilnahmen. Calander stellte mit Bezugnahme auf den Vertrag von 1919 über den Grenzverlauf in liberalen Sinne abgefaßt worden sei. Er ist jedoch jedoch einige Bedenken vor, die sich auf die Grenzverläufe beziehen, insbesondere auf ihre eventuelle Entziehung. Die Bevollmächtigten erklärten sich mit einer Prüfung dieser Abänderungsvorschläge einverstanden. Außerdem wurde vereinbart, daß beide Abordnungen eine Liste der noch offenstehenden Fragen aufstellen und ihre Auffassung schriftlich mitteilen sollen.

Der Kampf um die Oberschlesischen Verhandlungen, die namentlich bei der Besprechung der Frage der Liquidierung des deutschen Eigentums in Oberschlesien sowie innerhalb der Kommission für den Schatz der Wirtschaften entstanden sind.

## Eine französisch-polnische Aktiengesellschaft

Kattowitz. Die angekündigte französisch-polnische Aktiengesellschaft, die die zutunföhrigen polnischen Staatsgüter ausbeuten soll, ist jetzt bereits gegründet worden. Die Gesellschaft, die ihren Sitz in Kattowitz hat, nimmt die Studien für 20 Jahre gegen entsprechende Fiktionen in Kauf. An der Gesellschaft sind Polen und Franzosen gleichmäßig beteiligt. Dem Vorstehenden des Ausschusses ist Korfanth gewählt worden.

## Europäischer Wiederaufbau

Von amtlicher Seite erhalten wir aus Berlin Mitteilung über die Konferenz der internationalen Delegierten, die in London zusammengetreten ist.

Die Konferenz, an der Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans, Deutschlands und Danemarks sowie nichtoffiziell der Vereinigten Staaten teilnahmen, beschloß, ihre besten Kräfte dafür einzusetzen, um die Errichtung nationaler und untereinander verbundener Korporationen (Körperschaften) in verschiedenen Ländern mit einer zentralen internationalen Korporation, die in London gebildet werden soll, zu bewerkstelligen.

Hauptaufgabe der Korporationen ist die Prüfung der Möglichkeiten zur Hebung von europäischen Wiederaufbauarbeiten und der Verteilung der Finanzierung der derzeitigen Unternehmungen. Die Korporationen sollen soweit wie möglich mit anderen Gruppen und Unternehmungen zusammenarbeiten und nicht etwa versuchen, irgendein Monopol zu errichten.

Es ist beabsichtigt, die nationalen Korporationen soweit wie möglich zusammenwirken zu lassen, und zwar unter der Kontrolle der zentralen internationalen Korporation, von der alle diese nationalen Korporationen Anteilnahme besitzen sollen, und in deren Leitung sie alle beruhen sein werden. Um dies zu erreichen, wird ein Übereinkommen zwischen allen Korporationen auf der Grundlage eines von der Konferenz gebilligten Entwurfs abgeschlossen werden.

Das Gesamtkapital der nationalen Korporationen ist für den Anfang auf den Gegenwert von 20 Millionen Pfund festgesetzt, von denen 25 Prozent sofort einzuzahlen sind. Wo dieses nötig sein sollte, werden die Regierungen ersucht, für die Aufbringung des Kapitals Garantie zu leisten. Das Anfangskapital der zentralen internationalen Korporation ist auf 9 Millionen Pfund Sterling festgesetzt und wird durch Zahlungen der nationalen Korporation in Höhe von 10 Prozent ihres eigenen Kapitals aufgebracht werden. Die zentrale internationale Korporation soll von englischen Steuern befreit sein.

Folgende Länder sind aufgefordert worden, je 20 Prozent des vorgeschlagenen Gesamtkapitals von 20 Millionen Pfund Sterling zu zeichnen: Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien. Es wurde beschlossen, auch die folgenden Länder zur Beteiligung, soweit sie solche wünschen, einzuladen: Vereinigte Staaten von Amerika, Japan, Dänemark, Holland, Schweden und Tschechoslowakei. Das diesen Ländern zuzuteilende Kapital wird gleichmäßig von den 20 Prozent genommen werden, die für die fünf ersten zur Kapitalzeichnung aufgerufenen Länder vorgesehen sind. Oder, wenn dieses notwendig sein sollte,

entsprechend der Entscheidung des zu bildenden Ausschusses der zentralen internationalen Korporation. Der Vorstand der zentralen internationalen Korporation soll die Befugnis haben, anderen Ländern auf Wunsch die Teilnahme zu gestatten und, falls notwendig, das Kapital zu diesem Zweck zu erhöhen.

Sobald drei Länder in der Lage sind, ihre nationalen Korporationen zu gründen und das nötige Kapital aufzubringen, sollen diese nationalen Korporationen und die zentrale internationale Korporation gegründet werden. Die beteiligten Regierungen werden dringend ersucht, sich die gesetzliche Ermächtigung geben zu lassen, damit sie ihren nationalen Korporationen sobald wie möglich alle notwendigen Garantien bieten können, damit sie die Gründung vornehmen und ihre Arbeit schnellstmöglich aufnehmen können.

Nach übereinstimmender Ansicht der Delegierten sollen die Korporationen keine Geschäfte mit oder in irgendeinem Lande machen, das nicht:

- alle öffentlichen Schulden und Verpflichtungen, die von Staats früher eingegangen worden sind oder noch eingegangen werden, anerkennt, wie auch die Verpflichtung übernimmt, Zurückzahlung oder in deren Ermangelung zur Entschädigung aller ausländischen Interessenten für die Verluste über Schulden, die sie durch Auslieferung oder Zurückhaltung ihres Eigentums erlitten haben;
- eine Wegzehrung einfließt, durch die Handels- oder andere Verträge genehmigt oder unparteiisch durchgeführt werden;
- dem Handel Sicherheit bietet.

Diese drei Bedingungen für die Arbeit der internationalen Körperschaft richten sich in erster Linie gegen Rußland. Die Sowjet-Regierung soll zur Annahme dieser Bedingungen gezwungen oder von jeder Unterstützung ausgeschlossen werden.

Der Entente-Kapitalismus versucht Rußland noch vor Beginn der Genue-Konferenz zur Anerkennung seiner öffentlichen Schulden zu zwingen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Russen einen ihrer stärksten Triumphe für Genue vorzeitig aus der Hand geben werden.

## Der Umfang der Aufgaben

Unter den Aufgaben, die von den nationalen Körperschaften übergeben sind, zählt Dals Choniele auf: Bau von Eisenbahnen und Kanälen, Docks, Bewässerungswerken, Schiffen, Straßenbahnen, Häfen, elektrischen Werken sowie Irbarmaßnahmenarbeiten, unter den anderen Aufgaben, die sich die Korporationen stellen, sei die Ausweisung von Geld gegen Sicherheiten und überhaupt die Abhebung von Vermögenswerten vorgeschlagen.

## Der Kampf um das Reichsmietengesetz

Am Freitag findet im Reichstag die namentliche Abstimmung über das Reichsmietengesetz statt. Es wird dabei eine Entscheidung gefaßt, die für die große Masse des deutschen Volkes die größte Bedeutung hat. Allenfalls können die Hausbesitzerorganisationen gegen das Reichsmietengesetz an, und die Reichsparteien sind bereit, sich zu Gunsten der Hausbesitzerorganisationen zu machen. Nun hat auch der Verband der Sächsischen Hausbesitzervereine gemeinsam mit dem Verwaltungsrat des Allgemeinen Hausbesitzervereins zu Dresden und dem Verband der Dresdner Haus- und Grundbesitzervereine der einverleibten Vorort eine Kundgebung gegen das Reichsmietengesetz erlassen. Es wird darin gefaßt, daß die eben vorübergegangenen Besungen des Reichsmietengesetzes in der sächsischen Hausbesitzerpartei das heftigste Bestreben erregt haben. Die Ueberbannung der Zwangswirtschaft auf allen Gebieten habe unter Volk an den Rand des Abgrundes geführt und so ständen wir heute noch vor dem Zusammenbruch der Zwangswirtschaft. Das Reichsmietengesetz sei aber die Befestigung des jetzigen Systems. Komme das Reichsmietengesetz zustande, so sei der Untergang des deutschen Mittelstandes, soweit er im Hausbesitz verkörpert sei, besiegelt.

Die Hausbesitzer möchten von allen Befreiungen, die ihnen die Zwangswirtschaft auferlegt, frei werden, damit sie ungehindert die Mieten in die Höhe treiben können. Für die Kundgebung der sächsischen Hausbesitzer wird die Forderung behauptet, daß die Ueberbannung der Zwangswirtschaft unter Volk an den Rand des Abgrundes geführt habe. Es ist ja in Händler- und Erzeugerpreisen üblich, alle Räte der Kriegs- und Nachkriegszeit auf die Höhe der Zwangswirtschaft zu schieben. Leider haben diese Behauptungen bei einem großen Teile des deutschen Volkes Glauben gefunden, und legt sich von der Zwangswirtschaft auch nicht mehr viel übrig geblieben.

Bei der Handhabung der Zwangswirtschaft sind unendlich viele Fehler gemacht worden, die gerade von der sozialdemokratischen Presse sehr scharf gelabelt wurden, aber es ist eine Täuschung der Bevölkerung, wenn man behauptet, die Zwangswirtschaft habe unter Volk an den Abgrund geführt. Die schwere Not, unter der das deutsche Volk litt, war die Folge unserer geistlosen Produktionskraft und des Mangels an Waren aller Art. Die Zwangswirtschaft konnte diese Uebel nicht beseitigen, sie sollte nur den allerschlimmsten Folgen des Mangels vorbeugen. Sind denn jetzt infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft die glücklichen Zeiten gekommen, die die Schwärmer für die freie Wirtschaft prophezeit haben? Was erleben wir heute? Sprunghafte Preissteigerungen auf allen Gebieten, die die Not der Massen immer von neuem verschärfen. Gerade die Erfahrungen, die wir bisher mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft gemacht haben, zeigen uns, daß wir nicht auch noch auf dem Gebiete des Wohnungswesens die Zwangswirtschaft beseitigen dürfen.

Auch die Vertreter der Mieterpartei geben ohne weiteres zu, daß die Friedensmieten nicht aufrechterhalten werden können. Die Aufwendungen, die heute für die Unterhaltung und Verwaltung eines Miethauses notwendig sind, sind gewaltig gestiegen und es ist selbstverständlich, daß der Hauswirt von den Mietern Ersatz für seine vermehrten Ausgaben erhalten muß. Es ist auch notwendig, daß die Mieter von Wohnungen in alten Häusern mit zur Deckung der Kosten für den Neubau von Wohnungen herangezogen werden, wie das in dem Gesetz über die Wohnungsabgabe vorgesehen ist. Aus diesen Gründen ist eine Steigerung der Mieten von einigen hundert Prozent nicht zu vermeiden.

Die Hausagrarorganisationen, die über das Reichsmietengesetz so entsetzt sind, wollen viel mehr. Wenn es nach ihnen ginge, wenn die freie Wirtschaft im Wohnungswesen eingeführt würde, dann stiegen die Mieten nicht um einige hundert, sondern um mehrere tausend Prozent. Bei der ungeheuren Wohnungsnot und dem Wettlauf um Wohnungen, der bei freier Wirtschaft entstehen würde, würden die Mieten in den alten Häusern recht bald ungefähr die Höhe erreichen, die die Mieten der Wohnungen in neuen oder erweiterten Zuschüsse errichteten Wohnungen haben müßten, wenn sich ein solches Haus wirklich rentieren sollte. Der Bau einer Mietwohnung kostet heute 120 000 M. oder noch mehr. Die Mieten für die neuen Wohnungen müßten sich also bei freier Wohnungswirtschaft, wenn ohne Baukostenzuschüsse gebaut würde, auf mindestens 6000 M. stellen, und hinter dieser Höhe würden auch die Mieten für die Wohnungen in alten Häusern nicht erheblich zurückbleiben.

Den Besitzern der alten Häuser würde ein ungeheures Geschenk gemacht. Der Wert ihrer Häuser würde auf das Mehr- bis Zwanzigfache wachsen, und da dem Hausbesitzer regelmäßig nur ein kleiner Prozentsatz, oft nur 10 bis 20 Prozent, des im Hause angelegten Kapitals wirklich gebührt, würde eine Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen die Folge haben, daß das in den Häusern angelegte Kapital der Hauseigentümer auf das Hundertfache und mehr steigen müßte, da ja ihre Hypothekenschulden unberührt blieben. Das so große Mieterdöhrungen, wie sie uns bei einer Befreiung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen bevorstünden, für die große Masse der Mieter bedeuten, braucht kaum näher ausgeführt zu werden. Es wird zwar immer wieder darauf hingewiesen, daß heute ein sehr viel kleinerer Teil des Einkommens für die Mieten ausgegeben wird als früher, aber das Einkommen der meisten Angehörigen unseres Volkes ist so gering, daß es nicht zur Deckung der notwendigen Bedürfnisse reicht, so daß eine Befreiung durch die freie Miet-







### Kombinationen

Aus Berlin wird uns geschrieben: Ueber den Verlauf der Steuerkompromiss-Verhandlungen werden in der Öffentlichkeit die verschiedenartigsten Mitteilungen gemacht. Neuerdings weiß das Berliner Tageblatt mitzuteilen, daß nach den ersten drei zinsfreien Jahren ein niedriger Zinssatz für die Zwangsanleihe in Betracht kommt und daß die Veranlagung zur Zwangsanleihe nicht nach der Reichsnotensperre-Veranlagung mit dem 31. Dezember 1919 als Stichtag, sondern nach der Vermögenssteuer-Veranlagung für 1922 erfolgen soll. Da die Steuer-Veranlagung für das laufende Jahr noch nicht fertiggestellt ist, sollen voraussichtlich bestimmte Vorauszahlungen auf die Zwangsanleihe in Höhe eines Notopferdrittels angeordnet werden können. Ueber die sonstige Art der Einzahlung der Anleihe weiß die genannte Quelle zu melden, daß die Erhebung ratenweise erfolgen soll, und zwar so, daß die Einzahlung der Zwangsanleihe bis zum Frühjahr 1923 erfolgt ist.

Alle vorstehenden Meldungen sind entweder Pläne des Reichsfinanzministeriums oder Kombinationen des Berliner Tageblatts. Den Regierungsparteien ist von diesen Plänen bisher noch nichts bekannt, jedoch also eine Stellungnahme noch nicht erfolgen konnte. Die Sozialdemokratie bedarf sich vor, bei dem Wiederzusammentritt des Reichstages am kommenden Freitag Schritte zu unternehmen, um einmal ihre Absichten und Wünsche in Bezug auf das Steuerkompromiss vorzutragen und andererseits eine Klärung über das zur Zeit bestehende Durcheinander im Reichsfinanzministerium herbeizuführen.

### Die neue Auslegung des § 193

In einer Verleumdungssache, die juristisch von hohem Interesse ist, hat jetzt das Reichsgericht die endgültige Entscheidung gefällt. Es handelt sich um eine Klage des ehemaligen Braun-schweigischen Ministers Zapp Dertel und des jetzigen Ministers Kunter gegen den Redakteur Weder von den Braunschweiger Neuesten Nachrichten. Eine Erklärung der braunschweigischen Regierung hatte den braunschweigischen Richtern klaffenrechtlich vorgelesen, was Weder in seinem Blatt für eine „nichtswürdige Verleumdung“ erklärte. Weder hatte die Minister Klage erhoben. Das Reichsgericht Stiddeheim, das zunächst in dieser Sache zu entscheiden hatte, war zu einer Besprechung des Angeklagten gelangt mit der Begründung, daß die Presse befreit ist, allgemeine öffentliche Interessen zu vertreten. Es hatte dem Angeklagten daher den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zugesprochen.

Das Reichsgericht ist jetzt dieser Entscheidung beigetreten und hat damit seine konstante Auslegung des § 193 umgestoßen. Unter dem alten System wurde nämlich der Presse das Recht, öffentliche Interessen zu vertreten, grundsätzlich abgesprochen. Damals waren es allerdings meist links stehende Blätter, die an Vertretern des Obrigkeitstaates Kritik übten. Heute, wo weit häufiger die Rechtsprechung in Verhandlungen mitregieren gekommen, daß der § 193 bisher zu eng gefaßt wurde. Mit der Begründung, daß die Republik andere Verhältnisse geschaffen habe, erweitert die Justiz das Recht der öffentlichen Kritik. Besonders in der Tat zu erkennen ist, daß die Behauptung der Erziehung einer Klassenjustiz „nichtswürdige Verleumdung“ ist.

### Wenn zwei dasselbe tun

Das wird geschrieben: Während des letzten Eisenbahnerstreiks war die Entrüstung gegen die streikenden „Beamten“ der Reichs-eisenbahn besonders groß in akademischen und in hoch-schulkreisen. Wir sind ja gewöhnt die allerersten, die diesen herberenden Streik gutheissen, oder es müde eigenartig an, wenn das Geschick nach Abregelung und Dürre gegen die streikenden Beamten gerade in den Kreisen nicht ver-dammend, die doch Grund hätten, an ihre eigene Brust zu schlagen. In einer ähnlichen, wenn auch unergleichlich besseren Situation wie die Eisenbahner befinden sich einmal die Hochschulpro-fessoren. Auf einer Tagung, die von offiziell instruierten und bevollmächtigten Abordnungen, bestehend aus Rektor, ordentlichen und außerordentlichen Professoren, von sämtlichen deutschen Hochschulen beauftragt war, wurden die Eingaben an die Ministerien beschlossen, um die höheren Gehaltsätze durch-zusetzen. In dem offiziellen Bericht über die Tagung sind auch die „Mittel der Hochschulen“ aufgeführt, mit denen man bei der Verhandlung die Gehaltsforderungen durchsetzen beabsichtigt. Es heißt da wörtlich: „Das wirksamste Radialmittel wäre zweifellos der Streik.“ (1?) Der Reichstag der Hochschullehrer ist vielleicht schon das Kennen dieser Möglichkeit unimpathisch. Es muß aber betont werden, daß eine hochschulweite Winderheit im Notfall auch die Anwendung dieses Mittels nicht ausgeschlossen sehen will aus folgender Über-legung: In keinem Beruf ist Verlust und Amt so eng verbunden, wie bei den Hochschullehrern; diese sind die Hüter der Wissen-schaft; mit ihrer Gesundheit und Arbeitskraft durch zu geringe Einnahmen gefährdet, so ist die ganze Wissenschaft in Gefahr. Hier wäre also ein Auslösen der Person im Beruf nicht die äußerste Pflicht, sondern Verstoß an der Wissenschaft, der nicht durch den Tod, sondern nur durch das gesunde Leben der Hochschullehrer ge-wahrt werden kann.

Dann wird, nach dieser Streik-Barock, noch eine Reihe anderer „Druckmittel“ auf den Staatshaushalt aufgezählt. So, Bauer, da staunt du! Zum Streik der Professoren kam es nicht, denn der Staat ließ sich durch Aufführung der „Druckmittel“ kein Krieg, und heute sitzen sämtliche Hoch-schulprofessoren — für mandamental recht unstrittene Leistungen — in Gehaltsklasse XII und XIII! Die Eisenbahner hatten es nicht so einfach!

Vegetarisch ist, daß außer dem dienlich auf der Tagung anwesenden Rektor der Reichischen Hochschule Dresden auch noch der bekannte Schachmeister Professor Knebel, Schachspiel stän-diger Kampfstudien und der Reichischen Hofkapellmeister im besondern, mit Sitz und Stimme an der obigen Tagung teilnahm. Damals hat sich aber niemand „entzündet“ und „Mahnreden“ gehalten, obwohl die Professoren doch auch „Beamte“ sind und „kein Streikrecht“ haben!

### Die Kriegsbeschuldigten

London, 28. Februar. Nach einem halbamtlichen Bericht Englands, das von der Aufstellung der Kriegsbeschuldigtenfrage durch Frankreich nichts weniger als angenehm berührt ist, sollen die Kriegsbeschuldigten vor internationale Gerichte gestellt werden, die in England, Frankreich und Italien ihren Sitz haben sollen. Diese Gerichte sollen jedoch lediglich den Zweck haben, die Fälle zu klären, zu untersuchen und Strafanträge zu stellen. Das endgültige Urteil soll dann auf Grund dieses Antrages das heimische Gericht des Beschuldigten fällen.

Im Unterhause fragte Sir John Fisher den Attorney General (Generalstaatsanwalt), ob die Aufmerksamkeit auf die Tatsache ge-richtet wurde, daß die Unterseebootoffiziere Goldt und Wittmar aus dem Gefängnis entwichen seien, ob die britische Regierung irgendwelche Erkundigungen bei der deutschen Regierung über die Umstände der Flucht einzu- und ob die Flucht bisher verhaftet wurden. Der Attorney-General antwortete: Die britische Regie-rung richtete eine Anfrage und einen nachdrücklichen Protest an die deutsche Regierung. Diese gab die Zustimmung, daß sie jeden mög-lichen Schritt tat, um die Wiedererfassung der Offiziere zu sichern. Es ist bisher keine Mitteilung erfolgt, daß die Offiziere wieder verhaftet wurden.

Der Tempus meldet aus Sofia, daß die Belgrader Regierung keine Auslieferung der bulgarischen Kriegs-beschuldigten verlangt mit dem Vorbehalt, daß, wenn die bul-garischen Interne unwohl ausfallen, Südslawien sein Recht auf Ab-urteilung wieder für sich in Anspruch nehmen werde.

### Poincarés Reise nach London

Von französischer amtlicher Seite wird bestätigt, daß Poin-caré schon in aller nächster Zeit einen Gegenbesuch in London machen wird. Die kommenden Besprechungen zwischen Poincaré und Lloyd George in London gelten vor allem dem Ab-schluß der Beratungen der Sachverständigenkonferenz, die in die-zer Woche in London zusammentreten soll. Bevor die beiden Ver-minister zusammenkommen, werden noch zwei andre Zusam-menkünfte verbündeter Minister in Paris stattfinden. Es handelt sich zunächst um die Konferenz der Finanzminister, die sich mit der Frage der Wiedergutmachung, insbesondere mit der Verteilung der Reparationen beschäftigen soll; ferner um eine Beratung der Außenminister zur Regelung der Orientfrage. Ein endgültiges Datum für die Reise Poincarés steht zur Zeit noch nicht fest.

### Die Dresdner U. S. P. und das Ver-trauensvotum

Ueber die politische Lage und die Vorgänge im Reichstage setzten sich am Sonntag die Dresdner Unabhängigen auseinander. Als erster sprach Genosse

Meißner: Von einem Stützungsstreik innerhalb der Reichstagsfraktion könne keine Rede sein. Die Fraktion war in eine außerordentliche Situation gekommen und konnte sich die Abstinenz der drei-reißen Genossen. In der Fraktion herrscht in der Fraktion volle Heber-einstimmung. Es gibt überhaupt keine andre Wahl vom Stand-punkt der Fraktion, als die Wahl der Erfüllung des Ultimatum zu treiben. Was unsere Stellung zur Regierung betrifft, so sehen wir es an, in eine Koalitionierung einzutreten, aber wir werden außerhalb der Regierung diese in allen Fällen tippen, wo sie Erfüllungspolitik treibt. Wir müssen aber dagegen protestieren, wenn, wie bisher, zur Aufbringung der Mittel die deutsche Klasse herangezogen werden soll. Die U. S. P. habe ein Programm auf, an dessen Spitze steht:

Die Regierung hat sich darauf nicht eingelassen, dagegen hat sie uns das bestimmte Steuerprogramm vorgelegt, zu dem wir erklären, daß solange die Regierung nicht zur Erfüllung der Sozialver-tragsverpflichtung eine Rechtsregierung an Stelle der Regierung tritt, eine bloße Ministerjurerei treibt die U. S. P. nicht. Die drei-reißen Genossen haben also durchaus nicht gegen die Fraktion gestimmt; denn wäre das Kabinett nicht gekürzt worden, so hätte das im Widerspruch mit der Meinung der Fraktion gestanden. Wenn ein Stützungsstreik gemacht werden kann, dann der: Die Fraktion ist sich in diesen Dingen nicht recht schlüssig gewesen. Das aber ist wiederum hervorgerufen worden durch eine Situation, an der sie keine Schuld trägt. Nur aus der Komplexität der ganzen Sachlage heraus hat sich der Vorgang ergeben, wie wir ihn erlebt haben. Und des-halb können beide Meinungen für ihre Interessen gute Gründe bei-bringen. (Beifall.)

Als Korrekturen sprach Genosse Kante: Die Mehrheit hat nicht gesagt, daß sie den Reichstagsrat unter keinen Umständen hängen will, sondern sie rechnete mit dieser Möglichkeit. Es sei wahrheitsgemäß gemeint, daß im Falle eines angenommenen Wäh-lervertrages eine Rechtsregierung an Stelle der Regierung tritt, die Mehrheit mehr eine andre als eine Erfüllungspolitik treiben. Wenn die Winderheit einen andern Zeitpunkt für die Ausschreibung von Neuwahlen finden wollte, so sei zu sagen, daß man oft glaube, zu scheitern und sei doch der Geschehene. Die hürgerlichen Parteien hätten es in der Hand, nach ihren Wünschen die Auflösung des Reichstages zu bestimmen. Die Haltung der Winderheit werde von den meisten Genossen im Lande nicht verstanden. Bei einer Neu-wahl zum Reichstag würden wir gewiss weniger Siege erhalten. Das Verhalten der Regierung zum Eisenbahnerstreik, das Anti-Streikgesetz und die Schlichtungsordnung, die Steuerpolitik der Re-gierung ermöglichten aber eine gute Wahlparole für die gesamte Arbeiterklasse. Es könnte eine Art Einheitsfront zustande kommen. Das würde auch einen Schritt weiter zur Ein-gang bedeuten, zu der wir ja doch einmal kommen müßten. Wenn die Genossen der Winderheit sich auf die Genossenschaft berufen, so sei ihnen entgegengehalten, daß das Interesse der Partei und des Gesamtproletariats höher stehe als das Genossen des einzelnen. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Rißau: Wahrscheinlich im Mai würde in Berlin bei der Verhandlung über die Steuerfrage die Regierung nicht U. S. P. eine der Regierungsparteien werbe. Und wenn es dann gelte, den Kampf mit der Entente zu führen und die Schwere-keiten im Innern gegen die bürgerlichen Parteien zu überwinden, könne die Partei leicht in die Lage kommen, auch gegen etwaige Allusionen mancher Parteigenossen antworten zu müssen.

Eine Entschädigung: Die Reichsversammlung stellt sich, gleich wie die Reichs-konferenz, toll und ganz auf den Boden der Mehrheit der Fra-ktion; es erwartet, daß sich ein Vorgang wie bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum nicht wiederholt!

Die Reichsversammlung hat sich, gleich wie die Reichs-konferenz, toll und ganz auf den Boden der Mehrheit der Fra-ktion; es erwartet, daß sich ein Vorgang wie bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum nicht wiederholt!

Diese Resolution hat auch der Winderheit nicht weh. Auch ist es sehr fraglich, ob sich der Vorschlag nicht doch wiederholen wird, da ja auch die Mehrheit der unabhängigen Reichstagsfraktion sich keineswegs darüber klar war, ob sie nicht jenseits wollte oder nicht, bzw. über die Folgen, die sich aus einem Regierungsrücktritt ergeben hätten.

### Mus aller Welt

Das Urteil im Harburger Rindbrandprozess  
Harburg, 1. März. In dem Prozesse gegen die Rindbranderin Schürmann und den Vorsitz der Polizei wurde am Dienstag das Urteil gefällt. Das Urteil erkannte gegen die Ehefrau Schürmann auf zwei Jahre, gegen den Vorsitz der Polizei auf ein Jahr drei Monate Ge-fängnis. Die Angeklagten nahmen die Strafe an.

### Eisenbahnkatastrophen

Wien, 1. März. Auf dem Westbahnhof konnte gestern ein Zugszug nicht zum Halten gebracht werden, so daß er den Westbahnhof überfuhr. Die Passagiere, die auf der Plattform standen, wurden auf den Bahnsteig geschleubert. 52 Personen wurden teils leicht, teils schwer verletzt.

Brü, 28. Februar. Aus unbekannter Ursache entgleiste am Sonntag der Gattestels Zug (Böhmen) ein gewöhnlicher Zug, wobei 50 Personen schwer und 8 leicht verletzt wurden.

### Ein Raubatt

Arnsberg, 1. März. Bei einem Raub in Deutsch-Waldburg bestanden drei Männer Einbruch. Als ihnen nicht geöffnet wurde, feuerten sie fünf Schüsse durch die Tür. Ein Sohn des Besitzers wurde getötet, drei andre Familienmitglieder schwer verletzt. Darauf flohen die Verbrecher. Die Kriminalpolizei hat einen der Tat Verdächtigen in Haft genommen.

### Neueste Telegramme

#### Deutsch-russische Annäherung

Eigene Drahtmeldung  
rs. Ligo, 1. März. Kabel hat in einer Moskauer Ber-berungs-konferenz für Genus über die Ergebnisse seiner Moskauer-reise ausführlichen Bericht erstattet. Er erklärte, daß die Ab-führungen des ihm erteilten Auftrags mit gewissen westeuropäischen Staaten, zwecks einer rein sachlichen Annäherung zu verhandeln, sämtlich verlaufen seien. In führenden deutschen Kreisen habe man eingesehen, daß es vor allem wichtig sei, selbständig vorzugehen und Rußland gegenüber ein wirtschaftliches Entgegenkommen zu zeigen. Es würden in nächster Zeit eine Reihe gemischter Gesellschaften unter Beteiligung der Sowjetregierung und deutscher Industrieller gebildet werden, die als ihre Tätigkeitsfeld Rußland andersehen haben.

#### Das Sachleistungs-Abkommen

Eigene Drahtmeldung  
Das Abkommen hat zunächst bis zum 30. April Geltung. Zum Anlaß von Verträgen sind danach nicht nur Privatpersonen, sondern auch Geschäftshandlungen und Landbesitzer berechtigt. Die Lieferungen unterliegen der deutschen Zollkontrolle. Die aus-führten Waren sind für das belieferte Land von der Wiederausfuhr ausgeschlossen.

Die Bezahlung erfolgt mittels Schecks durch die Freihandels-erzeugnisse der belieferten Länder. Nach Einlösung des Schecks erfolgt die Bezahlung durch die Reparationskommission in Goldmark an die deutsche Regierung. Die Anrechnung in Goldmark über Papier-mark erfolgt zu dem am Tage des Vertragsabschlusses geltenden Kurse. Die Anerkennung des Vertrages ist den einzelnen alliierten Regierungen freigestellt. Diejenigen, die das im Abkommen vor-gesehene Verfahren annehmen, behalten das Recht, ihren Staats-angehörigen Pollnachsch zu gewähren. Dagegen darf kein ökonomischer Nachsch aus der Restura nur in besonderen Fällen ge-währt werden.

#### Aufhebung des ägyptischen Protektorats

Eigene Drahtmeldung  
London, 1. März. Gestern Abend erklärte Lloyd George im Unterhause, daß das Protektorat über Ägypten aufgehoben worden sei. Er verlangte eine Erklärung, die Lord Allenby dem Protektorat Großbritanniens über Ägypten ist. Folgende Punkte enthält: 1. Das Land wird ein souveräner unabhängiger Staat. 2. Es soll ein Gesetz angenommen werden, in dem der am 2. November 1914 er-gattete Völkerrechtsspruch aufgehoben wird. 3. Die englische Re-gierung behält sich das absolute Recht vor, nach eigenem Ermessen folgende Fragen so lange zu behandeln, bis sie geregelt sind: a) Sicherung der Verbindungen zwischen dem britischen Reich und Ägypten, b) die Verteidigung Ägyptens gegen jeden frem-den direkten oder indirekten Angriff, c) Schutz der Winderheiten und der Ausländer in Ägypten, d) die Frage des Soudan.

Lord Allenby wird heute dem Sultan diese Vorkraft über-reichten. Minister Chamberlain teilt mit, daß keinerlei Änderun-gen bezüglich Ägyptens vorgenommen werden würden, bevor nicht das Unterhaus diese Fragen erörtert habe. Diese Ver-änderung wird voraussichtlich am 2. März stattfinden.

#### Unzufriedenheit Lloyd Georges

London, 1. März. Der Parlamentarischer Sekretär des Daily Telegraph schreibt, Lloyd George sei mit der augenblicklichen Lage im Parlament sehr unzufrieden. Er sei der Ansicht, daß er nicht die lokale Unterstützung erhalte, auf die er als Haupt der Re-gierung Anspruch habe, und daß sein Einfluß im Unterhause gänzlich geschwächt worden sei. Die Parteien gegen seine Person gestalteten Lloyd Georges Stellung äußerst schwierig. Lloyd George könne diese Veranlassung unendlich noch länger ertragen, und es bestehe Grund zu der Annahme, daß er das Schreiben an Chamberlain als Führer der Unionisten ablehne, in dem er ausdrückt, er könne sich diesen Umständen nicht länger unterwerfen.

#### Ersparnisse durch Abrüstung

Paris, 1. März. Wie die Chicago Tribune aus Washington meldet, werden die Ersparnisse durch Abrüstung der amerikanischen Schiffe nach Schätzung der amerikanischen Sachverständigen in den 15 Jahren fünf Milliarden Dollar betragen.

#### Ende des Mansfelder Streits

Galle a. h. S., 1. März. Der Mansfelder Streik beendet. Unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeiterschutzamtes wurde gestern in Halle über die Beilegung des Streiks verhandelt. Nach noch langwierigen Verhandlungen einigten sich die Parteien auf folgender Grundlage: Der früher bestehende Mantelstreik wird in vollem Umfang bis 1. Juni in Kraft gesetzt, etwaige zentrale Vereinbarungen über den Mantelstreik werden auch von der Mans-felder Gewerkschaft anerkannt. Die Löhne werden für den März um 10 % und für die weiteren Schichtlöhne um 12 % erhöht. Die Arbeiter gehen, wenn sie heute diese Vereinbarungen zustimmen, ebenso geschlossen wieder in die Betriebe, wie sie drangegangen sind.

#### Vom Devisenmarkt

Eigene Drahtmeldung  
rs. Berlin, 1. März. Am Devisenmarkt hat das Geschäft an heutigen Vermittlungstagen der Großbanken eine weitere Ein-schränkung erfahren, wobei die heute in Kraft tretende neue Devisenordnung nicht ohne Einfluß geblieben sein dürfte. Die Ten-denz war leicht abwärts, die Aufnahmefähigkeit des Marktes war jedoch sehr gering. Das Geschäft war unbedeutend. Bei den Banken ist im Laufe des gestrigen Tages und heute vornehmlich die Erneuerung der Limite ziemlich punktförmig eingetroffen. Es zeigte sich hierbei wieder aufs neue, daß das Publikum nur einzeln handelt, seinen Effektenbestand abzugeben. Für die heutige Wöche hält sich der Auftragsbestand ungefähr auf der Höhe der gestrigen Aufträge, doch ist die Unsicherheit heute geblieben. Die Tendenz läßt sich bereits in den ersten Börsestunden als mindestens gut be-urteilt nennen. Für manche Werte wird sogar mit erheblichen Kursaufbesserungen gerechnet.

#### Wasserstände der Wobau, Her, Eger und Elbe

Wasser	27.	28.	Wasser	27.	28.	
Soltau	Subweil. . . . .	+ 70	+ 4	Wendisch	+ 40	+ 232
Wobau	Wobau . . . . .	+ 512	+ 463	Wendisch	+ 264	+ 284
Her	Yungbunjan . . . . .	+ 84	+ 60	Reinmerig	+ 312	+ 270
Eger	Baum . . . . .	+ 223	+ 262	Auffig	+ 245	+ 380
Elbe	Warbusig . . . . .	+ 64	+ 122	Dresden	+ 116	+ 104

### Sonntag den 5. März

vorm. 11 Uhr

### wichtige Sitzung

im Druckereigebäude.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

**Z. C.** Sonntag den 5. März  
vorm. 11 Uhr  
**wichtige Sitzung**  
im Druckereigebäude.  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.







# Sächsische Angelegenheiten

## Ein Schulbedarfsgesetz

Die Regierung hat dem Landtage den Entwurf eines Schulbedarfsgesetzes zugehen lassen, der die Vertheilung durch den Staat vom 1. April 1922 an regeln soll. Die erste Lesung wird bereits in der nächsten Landtagssitzung am Donnerstag erfolgen.

Im Abschnitt 1 zieht der Entwurf die Grenze zwischen den Leistungen, die dem Staate, und denen, die den Schulbezirken zufallen. Danach werden die Lehrer an öffentlichen allgemeinen Volks- und Fortbildungsschulen aus der Staatskasse befolgt. Auf die Staatskasse werden ferner übernommen Lehrgangskosten, Logis- und Reisekosten, Aufwendungen für Unfallfürsorge. Der vom Staat durch dieses Gesetz übernommene Mehraufwand ist durch Vertheilung der Reichseinkommensteuer zu Lasten der Gemeinden auszugleichen. Alle sonstigen Aufwendungen, die zur Einrichtung und Unterhaltung des Volks- und Fortbildungsschulwesens nötig sind, tragen die Schulbezirke. Bedürftigen Schulbezirken werden zur Erfüllung der ihnen obliegenden Verpflichtungen nach Maßgabe der hierfür in den Staatshaushaltsplänen eingestellten Mittel Staatszuschüsse gewährt. Rechte gegen den Staat werden dadurch nicht begründet.

Weiter ordnet das Gesetz im zweiten Abschnitt die Anstellungen- und Revisionsverhältnisse der Lehrer unter dem Gesichtspunkte ihrer veränderten Stellung zum Staate. Eine gewisse Schwierigkeit für diese Regelung ergab sich daraus, daß eine Neuordnung des Beamtenrechts nach dem Reiche aufzustellenden Grundrissen bevorsteht. Es erschien jedoch nicht angebracht, die Rechtsverhältnisse der Lehrer so lange ungerügt zu lassen, bis die zu erwartenden Bestimmungen des Beamtenrechts in Kraft treten.

Abchnitt 3 handelt von den Schuleinrichtungen. An der allgemeinen Volksschule sind den Kindern im ersten Schuljahre 16, im zweiten Schuljahre 18, im dritten Schuljahre 20, im vierten Schuljahre 22 und vom fünften Schuljahre an wöchentlich 28 verbindliche Unterrichtsstunden zu erteilen. Der wöchentliche Unterricht soll für eine Volksschulklasse nicht mehr als vier Wochenstunden umfassen. Wo es die Verhältnisse gestatten, sind den Volksschulklassen mit nur einem Lehrer in der Regel nicht mehr als 40 Schüler, den Klassen mit zwei und mehr Lehrkräften nicht mehr als 35 Schüler zuzumessen. Für jede Schule ist ein Schularzt zu bestellen. Mehrere Schulbezirke können zur gemeinsamen Bestellung eines Schularztes vereinigt werden.

Zu dem Entwurf wird uns vom Presseausdruck des Bezirkslehrervereins Dresden-Süd geschrieben:

Der Entwurf bringt die Übernahme der Besoldung der Lehrer an öffentlichen Volks- und Fortbildungsschulen auf die Staatskasse. Die Regelung der Anstellung der Lehrer erfolgt durch Staat und Gemeinde, § 26 und 27 sind Sparparagrafen. Nach Zeitungsberichten aus den letzten Tagen hat der Sächsische Gemeindetag diese Sparparagrafen fast unentwunden. Gewiß, die Zeit drängt zum Sparen. Es ist aber liebhabend, wenn es zuerst und manchmal auch allein auf hohem Gebiete geschieht. Wenn man die Schule nur nach dem Haushalteplan von Staat und Gemeinde einrichtet, kommt man zu einer völlig falschen Einstellung zu ihr. Wenn wir ein aufstrebendes Volk sein wollen, dann darf Schulpolitik nur im Blick auf die kulturelle Bedeutung der Schule getrieben werden. Man sollte nicht mit dem Rechenstift in der Hand müde und sparsam für den nächsten Tag arbeiten, sondern Entfaltung aller produktiven Kräfte erstreben, die in der Jugend ruhen. Sofort gegenwärtige Vorteile auf, um auch zukünftige zu sichern.

## Staatsinteresse

Wie wir schon in unserer gestrigen Stadtausgabe meldeten, hat der Vaugner Kreishauptmann von Rostig-Ballwitz die Einleitung des Disziplinarverfahrens auf Dienstentlassung gegen sich beantragt. Nach dem Telemotion-Sachdienste ist er vollumfänglich davon überzeugt, daß er als Chef der Personalabteilung keine Personalpolitik bezüglich im Sinne des Staatsinteresses geführt habe. Es fragt sich nur, was Herr von Rostig-Ballwitz unter Staatsinteresse versteht. Im monarchischen Staat ständen, wie tausendfache Erfahrungen immer wieder gezeigt haben, die altbackenen, in allen hohen Regierungsämtern vertretenen Familien wohl durcheinander auf dem Standpunkt: „Der Staat sind wir!“ Und diesem Standpunkt entsprach dann natürlich auch die Politik der Personalabteilung; sie machte das „Staatsinteresse“ des alten monarchischen Staates und seiner Angewandten. Niemand wird behaupten wollen, daß ein hoher Beamter, der damals das Staatsinteresse zweifellos nach bestem Können aber doch in dem geschilderten Sinne wahrgenommen

hat, auch in dem heutigen republikanischen und demokratischen Staate in ein hohes Verwaltungsamt paßt. Niemand kann aus seiner Haut heraus, am wenigsten ein allablicher Beamter der alten Schule. Das scheint auch Herr von Rostig-Ballwitz nach und nach selbst einzusehen, wie aus dem von ihm beantragten Disziplinarverfahren erhellen werden kann.

## Ein Familienkammergesetz

Telemotion-Sachdienste meldet: Unter dem Namen „Verein Haus Bettin albertinischer Linie“ ist in das Vereinsregister des Dresdner Amtsgerichts ein Verein der Mitglieder des früheren sächsischen Königshauses eingetragen worden. Dieser Verein erstrebt die Pflege christlicher Weltanschauung, die Liebe zum deutschen Volk und Lande und zur sächsischen Heimat, Wahrung der Familienehre und Tradition, gegenseitige Unterstützung durch Rat und Tat, Verwaltung des Familieneigentums und archaische Vorliebe dieses Familienkammergesetzes ist Herr Friedrich August von Wettin; er ist auf Lebenszeit gewählt.

## Aus den Landtagsausschüssen

Der Haushaltausschuß A genehmigte die Kapitel des Konfessionsrats der katholischen geistlichen Behörden, der katholischen Kirchen und der sonstigen Kulturzweige nach der Vorlage. Die Beratung von Kapitel 93 (evangelische Landeskirche) wurde abgebrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur weiteren Behandlung zu geben.

Der Haushaltausschuß B beriet über das Kapitel der staatlichen Stellenwerke. Es wurden dazu kommissarische Beratungen verlangt.

## Die Bautätigkeit in Sachsen

Im Dezember wurden in Sachsen für Neubauten mit Wohnungen 132 Baugenehmigungen (gegen 222 im November) erteilt, und zwar in den Kreisbauamtsbezirken Bautzen 8, Chemnitz 38, Dresden 27, Leipzig 26 und Zwickau 33. Diese 132 Neubauten, von denen 126 auf neuer Baustelle errichtet werden, sollen insgesamt 425 Wohnungen enthalten. Außerdem wurden 114 Baugenehmigungen für Um- oder Aufbauten mit insgesamt 237 Wohnungen erteilt, von denen jedes Not- und Behelfsbauwerk mit acht Wohnungen sein werden. Ausgeführt wurden 195 Bauten mit 490 Wohnungen (gegen 126 Neubauten mit 352 Wohnungen im November). Durch ausgeführte Um-, An- oder Aufbauten wurden 246 Wohnungen gewonnen, darunter 55 in Not- und Behelfsbauten. An Gebäudeabbrüchen waren im Dezember sieben Wohnungsbauten mit insgesamt 15 Wohnungen zu verzeichnen.

## Die Kirchenaustritte

In den vom Landeskonfessionsrat herausgegebenen statistischen Mitteilungen über die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens werden folgende Angaben gemacht: Zur Landeskirche übergetreten sind im Jahre 1920 1472 Personen. Die meisten Übertritte erfolgten von der römisch-katholischen Kirche (808) und von den Dissidenten (789). Vielen Übertritten stehen 52 102 Austritte gegenüber, am meisten zu den Dissidenten (50 759). Das Jahr 1920 war das Jahr der stärksten Kirchenaustrittsbewegung.

## Polizeianwärterkurse

Wie wir wegen der Einstellung von Polizeianwärtern bei den Polizeianwärterkursen erfahren haben, werden auch Bewerber mit einem Lebensalter bis zu 28 Jahren, insgesamt also von 19 bis 28 Jahren, eingestellt. Am den Bewerber möglichst Reifekosten zu ersparen, erfolgt die Untersuchung und Prüfung in sieben verschiedenen Städten Sachsens, nämlich: Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Rammern, Jitzau und Plauen. Besuche um Einstellung sind jedoch wie bisher an die Sächsische Landespolizeiverwaltung, Abteilung A III, Dresden-A. I (Schloß) zu richten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der kaiserliche Ministerpräsident Graf v. Barchin wird zum 8. und 9. März bei sächsischen Regierung einen Besuch abstatten und bei dieser Gelegenheit eine Anzahl sozialer Einrichtungen und Schenkenswürdigkeiten von Sachsen besichtigen. — Nach langen Verhandlungen hat der Militärstatistik die Wagner-Dusarenkaserne freigegeben, so daß ihre Nutzung und Einrichtung zu Wohnzwecken erfolgen kann. — Der Staatsanwaltschaft Chemnitz ist es gelungen, den Wörder, der am 17. Februar den Raschewitzbühnen-Lehmann in Wörtern bei Rostig erschoss, in der Person eines 19jährigen Werbefeldlers aus Crostzen zu ermitteln. — Selbsthilfe übten am letzten Wochenmarkt in B. Bau eine Anzahl Frauen gegen einen Landwirt aus Lausitz aus. Schon daß dieser für das Stück Gutter 28 M. forderte, erregte den Unwillen der Käufer. Als er aber für ein Pfund Quark 5 M. verlangte und es sich dann herausstellte, daß seine Pfundwaage nur 400 Gramm wog, drang das Publikum mit Häufen auf ihn ein, daß er unter Hülserufen in ein Haus flüchten mußte.

# Stadt-Chronik

## Die Prügelprozession

eh. Sie findet alljährlich in Dresden am Fastnachtdienstag statt. Die Teilnehmer rüsten sich dafür mit Prügeln aus Holz oder Papppe aus. Manche stützen sich noch eine Perle auf, haben eine Pappnase an oder kriechen in ein Waschkostüm. Die meisten aber begnügen sich mit ihrer Alltagsmontur, und als Kopfbedeckung tragen viele, vor allem die teilnehmenden Halbstarken, die tief ins Gesicht geriefte sogenannte Donnmütze.

Aber das alles sind Nebensächlichkeiten. Die Hauptsache bleibt die Prügelei. Ohne Prügelei ist man kein Teilnehmer. Ohne Prügelei wird man höchstens geprügelt, ohne die schöne Bekleidung des Wiederprügelns zu haben. Denn die Prügelei ist ja auch nur das Mittel zum Zweck. Zweck ist: Prügeln.

Vom Dunkelwerden an bis in die spätesten Nachtstunden zieht die Prügelprozession zwischen dem Altmarkt und dem Hauptplatz auf und ab. Gegen Mitternacht erreicht sie ihren Höhepunkt. Dann wird das Gedränge vor allem in der kurzen und engen Seestraße lebensgefährlich. Der Rabauzoch zwischen den Häuserwänden hoch. Er überläßt die wütenden Superhähne der Autos, die das Gewühl zu durchpflügen suchen. Sie bleiben in der Prozession stecken. Die Schwimmer fliegen in die Prügellekse der Menge. Pflöcke gellen. Jöhrende Schreie explodieren. Geprügelte Mädchen kreischen. Auf den Fußbahnen heben hüten und dräben die Zuschauer wie die Wäutern. Unaufhörlich knallen die Prügelschläge. Die Teilnehmer prügeln sich untereinander. Nach einem ungeschriebenen Kommando hat jeder, der eine Prügelei trägt, das ungeschmälerte Recht auf Prügel. Prügeln und geprügelt werden. Das ist die Lösung. Wer unvorsichtig genug ist, die Fahrbahn zu betreten und der Prozession zu nahe zu kommen, dem knallen die Prügel auf den Rücken und um die Ohren. Und dann ja deutlich genug wird, daß es sich dabei nicht etwa um Ausbrüche ausgelassener Laune, um Probenberanzen derben Humors handelt, bewaffnen sich manche der Teilnehmer mit Stöcken oder andern schlagkräftigeren Instrumenten. Manche lieben es auch, dem Begegnenden die möglichst mehrfache Händplattchenladung einer Kinderpistole unter die Nase zu knallen. Ein breitschultriger Herr, dem das widerfuhr, drehte sich um und bediente den halbwüchsigen Knallmar mit einer guttunenden Ohrfeige. Damit beging er zweifellos einen Verstoß gegen die Gebräuche der Prügelprozession. Und es ist kein Glück, daß es im Trubel außer von dem Beobachteten nicht weiter bemerkt wurde. Denn die Teilnehmer der Prozession verstehen keinen Spaß.

Während die Prügelprozession auf und ab tobte, zog ein seckamer Kufzug daher. Ein mannshohes Wesen, dem Aussehen nach ein Panther, dem Benehmen nach ein Langbär, wandelte aufrecht gehend daher, von einem vollbärtigen Dreifüßler an der Seite geführt. Und ein ungarischer Zigeuner mit einem Leierkasten glug mit. Im Lichte der Bogenlampe machte die Gruppe halt. Der Pantherbär, ein moosterter Mensch, verbeugte sich, der Leierkasten dudelte und das Panthertier tanzte im Kreise der Zuschauer, die dem Varenführer zum Spah Aluminium-Führer in den zerissenen Hut warfen. Dann zog die Gruppe weiter. Sie kam von irgendwoher, wo man sich auf Mastenherge verheißt.

Die Prügelprozession lärmte darüber hin. Sie brandete in die Lokale hinein, in denen Gäste in bunten Rügen Bier tranken, und in die Cafés, in denen andre in einem Wirbel von Musik und Papierdrängen und bei erhöhten Preisen den Versuch machten, Fastnacht zu feiern. Und sie brodelte bedrohlich um das Statts des Sternengedens am Dismard-Deinmal. Das Sternrohr ragte steil über die strubelnde Menge hinaus gegen den dunklen Himmel und blühte mit seinem Glasauge in den ewigen Weltraum, in dem der Jupiter, begleitet von seinen sieben Monden, und der Saturn mit seinen Ringen stierend, rötlich und bläulich flimmern ihre Bahnen zogen.

Die Prügelprozession lärmte vorüber und die Prügel knallten auf die, die so töricht waren, an diesem Abend die sieben Monde des Jupiters und die Ringe des Saturn zu suchen, anstatt sich an der schönen Erde und ihren Bewohnern zu erfreuen.

Und als der Saturn schon längst hinter den Dächern der Stadt versunken war, lärmte die Prügelprozession immer noch. Denn sie dauert lange, und die letzten Prügelschläge verhallen erst im Morgengrauen des Aschermittwochs.

Und ein Jahr später findet sie wieder statt. Alljährlich am Fastnachtdienstag. Und weil diese Prügelprozession merkwürdigerweise immer auf diesen Tag fällt, bezeichnet man diesen Brauch in Dresden auch als den Abschluß des Karnevals.

# Hüttenheimat

Ein Roman aus dem Biergebirge von Gustav Reutelt

Die Männer verdrängten in der Hütte. Der Knoche hand noch immer und malte sich aus, wie er selber herabstürzte. Er vernahm das knirschende des rutschenden Steines, das Gerauschen des Falles und fühlte, wie seine Haare in der Luft wehen. Als er fast den Erdboden berühren sollte, kam ihm erst das Schreien in den Sinn, so daß er mit einem Ruck zur Seite sprang und wirklich aufdrückte. Dann dachte er daran, die Harze zu bergen; aber als er sie aufzudecken wollte, schlagen ihm die schlaffen Seiten ins Gesicht, und dann war das Instrument doch schwerer, als er geglaubt hatte. Da legte er es auf den Boden und stützte den gebrochenen Hals mit einem Pflo, so daß die Seiten wieder einigermassen in Ordnung kamen.

Etwas später lag Karl auf einem Bündel der Wiese und sah abwechselnd nach der Harze und dann nach der Mauer entpor, als ob er den Stein ausfindig machen wollte, der den Sturz des Zigeuners veranlaßte. Aus seinem Sinnen rief ihn die Stimme des Vaters. Er folle ins Berrenhaus laufen und den Medikamentskasten holen.

Karl floh dahin und fand es mit einemmal merkwürdig, daß er nicht nachgefallen hatte, was mit dem Zigeuner geschah. Dort wollte er aber die Augen aufstun.

Das polierte Küstchen war schwer und von dem Duftgemenge, das ihm entströmte, wollte dem Knaben fast schwindig werden; aber dann drängte ein einziger, Karl geistiger Versuch alle andern zurück, als der alte Herr dem Zigeuner einige Tropfen zwischen die Lippen geträufelt hatte.

Der Bewußtlose lag auf dem Sofa und sein wie aus dunklem Woods gekchnittenes Gesicht war im Schatten. Draußen ging eben die Sonne in Gold und warf über die Spitzen der Bäume helle Schleier. Auch unter der Zimmerdecke war die Luft glanzschleier bis herab zu dem Kasten, der mit seiner Kennnummerverlammung von Chemikalien über dem Papper hing. Die Köpfe der Männer ragten in die Lichtzone, wenn sie sich von dem Sterbenden aufschickten, und tauchten dann wieder ins Staubdämmerlicht hinunter.

Karl war enttäuscht, daß es so zuging, wie an einem andern Krankenbett; nur daß statt der Mutter die beiden Männer Tränen reichten und sich mühten. Dazu war ihm

von den starken Düften fast unwohl und er mußte die Augen schließen. Aber durch die Wimpern her (wann die Abendsonne ihre Goldblenden und hätte dem Jungen wohl über das Unbehagen gelassen, wenn ihn nicht ein pfeifendes Stöhnen vom Lager her erschreckt hätte.

Die Augen des Zigeuners standen mit einemmal offen und seine Wippen bewegten sich; aber nur gurgelnde Laute kamen zwischen ihnen hervor, und denen folgte ein heftiges Erbrechen. Darauf lag der Mann wieder ruhig und bloß die Augen gingen her und hin. Und dann sangen seine Wippen wieder an zu zittern und ein Worklang rang sich hervor: „Gorva...“ Und da die Männer einander verständnislos anblickten, kam es wieder:

„Er meint wohl eine Harze,“ sagte der alte Herr. „Hat er so etwas bei sich gehabt?“

„Ja, es ist eine draußen.“

„Dah sie holen! Es scheint ihm viel an ihr gelegen zu sein.“

Auf einen Wink eilte Karl nach dem Schmelzer. Er war froh, aus der unheimlichen Stube zu kommen, und ging auch nicht mehr hinein, als der Mann mit der Harze kam und er dem Öffnen mußte. Aber damit war auch das Hülfsende hinter der Tür weggeperrt, und es begannen wieder die Kräfte der Teilnahme zu wirken und hielten ihn vor der Schreibtische fest.

Als der Alte heraustrat, frachte er, wie es sehe; der Schmelzer aber schüttelte nur den Kopf und meinte:

„Es wird nichts nützen; dem ist schon der Tod auf der Brust.“

Da hatte Karl wieder Gelegenheit, sich dies auszumalen, und er sah den Tod wirklich sitzen: das eine Knochenbein auf den Leib des Zigeuners hinoutgejagen, das andre lang über dem Sofa niederhängend. Nur die Harze hatte er noch nicht erhoben.

Der Knoche mußte eben immer alles buchstäblich nehmen. Aus den Goldblenden des Abendrotes rann auch nicht die kleinste Welle mehr herab aus den düsternen Waldraum weit draußen vor den Fenstern. Im Zimmer ist der Klang wie ausgegipelt und Dämmerung umschleicht die Dinge. Man sieht nicht einmal mehr, wie sich die Wippen des Zigeuners bewegen, als er flüßert:

„Gerre!“

Der alte Mann beugte sich zu dem Hülfsen. „Kun?“

Statt einer Antwort neßeln die Finger des Kranken über der Brust.

„Machen Sie Licht,“ wendet sich der Herr an den Hüttenmeister.

Der Schein des Hündholzes flügel über die Glasfenster des Schränkchens und mit einem Schwingen nach dem Schirm der Lampe, unter dem er ein rasches Wachstum anhebt. Und das Licht gibt dem Schein mit Finlen zurück und legt in die Augen des Zigeuners Funken, die wie bange Sotage brennen, wenn ihr Träger in den Jügen des Hüttenmeisters forsch; aber wenn sie des alten Herrn ansichtig werden, leucht doch immer wieder ein Übertrauen in ihnen auf.

Der alte Mann stellt seine Frage wieder, aber nur die Finger des Liegenden tasten weiter. Es ist, als streben sie wegen den Hals empor, und der Herr nickt dabei.

„Ist es das?“

Die Augen des Zigeuners schließen sich zur Bejahung. Der alte Herr hält einen Schlüssel, den er vom Halte des Sterbenden losgebunden hat, und er muß weiter fragen:

„Was soll ich aufschließen?“

Die dunklen Augen wandern nach dem Tisch, auf dem die Harze liegt. Beide Männer sehen es gleichzeitig, daß am Boden des Instrumentes ein Behälter ist; aber der Alte kann mit dem Schlüssel nicht zurückkommen und der andre muß öffnen. Darüber sangen die dunklen Augen wieder an ängstlich zu flackern, und als der Hüttenmeister gar einen großen, schwarzen Lederbeutel hervorzieht, wächst die Angst ihrer Wände bis zum Entsetzen. Der alte Herr gewahrt es. Er nimmt seinem Beamten den Beutel aus der Hand und so mittelmäßig: „Soll ich das für Ihre Leute aufheben?“

Es hätte des Knaben „Ja“ nicht bedurft; der dankbare Blick des Zigeuners sagte genug.

„Woran soll ich die erkennen?“

Wie im Krampf müht sich der Betrovoge, keinen Mund in die Nähe des lauchenden Ohrs zu bringen.

„Sigan — Geige...“ flüstert es noch vernehmlich, dann hebt ein Koffeln in der Brust des Kranken an und Stur bringt aus seinem Munde. Noch einmal und wieder folgen die roten Wellen, dann fällt das Haupt des Zigeuners nach hinten und er ist über die Schwelle getreten, vor der alle Räte seines schweißenden Dorns zurückbleiben müssen... (Fortsetzung folgt.)



worunter man, wie man weiß, in Köln oder in München oder in Riga ein letztes sprühendes Fest der Freude, des Quatschs, der fröhlichen Ausgelassenheit vertritt.

Angestelltenversicherung der Bureauangestellten

Bureauangestellte sind nach dem Angestelltenversicherungsgesetz versicherungspflichtig, soweit sie nicht mit niederen oder lediglich mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden.

Handlungslehrlinge im Sinne der § 76 ff. des Handelsgesetzbuches sind während der Dauer der Lehrzeit nicht versicherungspflichtig nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte.

In Zweifelsfällen erteilen Auskunft der Rentenausschuss Berlin der Angestelltenversicherung in Berlin-Wilmersdorf, Reichsbeamten der Reichsversicherungsanstalt und die Revisionen des Reichsversicherungsamts in Dresden Oberbureauinspektor Scheffler, Dresden-Neustadt 33, Plauenstraße 7.

Nahe ist süß, aber teuer

Unter dieser Überschrift berichten wir in der Nummer vom 24. Dezember d. J. über eine Gerichtsverhandlung vor dem Schöffengericht, in der Frau Ina Poppert wegen Verleumdung der Dresdner Polizei zu 1000 R. Strafe verurteilt wurde.

1. Frau Ina Poppert war nicht nur angeblich, sondern tatsächlich beschuldigt worden, die ganze Angelegenheit hat nichts mit dem erwähnten Diebstahl zu tun.

2. Die ganze Angelegenheit hat nichts mit dem erwähnten Diebstahl zu tun. 3. Keine Mandantin hat aber auch Anzeige wegen Betrugs bei der Polizei gestellt.

4. Den Anklage zu dieser Angelegenheit hat die Kriminaloberwachmeisterin Häbel die Ermittlungen geführt und deswegen, weil meine Mandantin glaubte, ihm zu Dank verpflichtet zu sein, hat sie ihm ein kleines Geldgeschenk wie schließlich einen Gutschein für Tabak angeboten.

5. Es ist auch weder in der Verhandlung noch im Urteile was festgesetzt worden, daß Frau Ina Poppert diebstahlhaft sei. Dieses ist vielmehr unmaß. Das Gericht hat lediglich festgestellt, daß Frau Ina Poppert der Meinung gewesen sei, ihr sei der Vorwurf unehrlicher Beziehungen zu Häbel gemacht worden und aus dieser ihrer Meinung ergab sich infolge ihrer Nervosität die Freizeugung, unter der sie gehandelt hätte.

Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion. Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, Frauentagung.

Demokratische Bewegung. Den der Demokratisierung der Verwaltung feindlich gegenüberstehenden Elementen ist jedes Mittel recht, um der Verwaltungsreform Steine in den Weg zu werfen.

Die Reaktionskräfte fühlen sich, daß ihre bisherige unumschränkte Herrschaft in der Verwaltung gebrochen wird. Wenn sie sich eines anständigen Kompensationsbeschlusses mühen, brauchen man sich natürlich um den Widerstand nicht zu kümmern.

Die Reaktionskräfte fühlen sich, daß ihre bisherige unumschränkte Herrschaft in der Verwaltung gebrochen wird. Wenn sie sich eines anständigen Kompensationsbeschlusses mühen, brauchen man sich natürlich um den Widerstand nicht zu kümmern.

Die Reaktionskräfte fühlen sich, daß ihre bisherige unumschränkte Herrschaft in der Verwaltung gebrochen wird. Wenn sie sich eines anständigen Kompensationsbeschlusses mühen, brauchen man sich natürlich um den Widerstand nicht zu kümmern.

Die Reaktionskräfte fühlen sich, daß ihre bisherige unumschränkte Herrschaft in der Verwaltung gebrochen wird. Wenn sie sich eines anständigen Kompensationsbeschlusses mühen, brauchen man sich natürlich um den Widerstand nicht zu kümmern.

Die Reaktionskräfte fühlen sich, daß ihre bisherige unumschränkte Herrschaft in der Verwaltung gebrochen wird. Wenn sie sich eines anständigen Kompensationsbeschlusses mühen, brauchen man sich natürlich um den Widerstand nicht zu kümmern.

Die Reaktionskräfte fühlen sich, daß ihre bisherige unumschränkte Herrschaft in der Verwaltung gebrochen wird. Wenn sie sich eines anständigen Kompensationsbeschlusses mühen, brauchen man sich natürlich um den Widerstand nicht zu kümmern.

Die Reaktionskräfte fühlen sich, daß ihre bisherige unumschränkte Herrschaft in der Verwaltung gebrochen wird. Wenn sie sich eines anständigen Kompensationsbeschlusses mühen, brauchen man sich natürlich um den Widerstand nicht zu kümmern.

Die Reaktionskräfte fühlen sich, daß ihre bisherige unumschränkte Herrschaft in der Verwaltung gebrochen wird. Wenn sie sich eines anständigen Kompensationsbeschlusses mühen, brauchen man sich natürlich um den Widerstand nicht zu kümmern.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag vormittag war ein Kraftwagen einer Firma von der Schiffstraße vor dem Hause Wilschstraße 22 durch einen Defekt am Vergaser in Brand geraten.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Ein brennendes Raubauto. Am Dienstag, nachmittags gegen 4 1/2 Uhr, lief auf der Wilmersdorfer Straße ein 17-jähriger Knabe in einem sehr heruntergekommenen Kleidungsstücke herein und wurde umgefallen.

Aus dem Parteileben

5. Unterbezirk

Gruppe 5. Mittwoch, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Rigenbergstraße, Zimmer 1: Erweiterte Vorstandssitzung.

6. Unterbezirk

Erstien-Blasewitz-Treffung. Montag den 6. März, abends 7 Uhr, Sitzung des Arbeitsausschusses im Schilderhof.

Erstien-Gruppe 2. Freitag, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung der Funktionäre im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Erstien-Gruppe 2. Freitag den 3. März, abends 7 1/2 Uhr, Verwaltungssitzung im Restaurant Deutscher Frieden.

Die in... Streik... Die in... Streik... Die in... Streik...



### Gewerkschaftsbewegung Das Streitrecht der Beamten

Die Beamtenschaft muß also lernen, ihr Streikrecht wirklich nur als äußerstes und letztes Mittel in Anspruch zu nehmen, wenn etwas ganz großes, Gewalttätiges auf dem Spiele steht, wenn z. B. die Gefahr besteht, daß durch eine Aenderung der Staatsform die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen durch die gewählten Körperschaften in Frage gestellt wird. Daß solche Fälle denkbar sind, hat der Kapp-Putsch bewiesen. Hier galt es die Verteidigung der demokratischen Republik, des freien Volksstaates gegen eine Handvoll von Gewalttätigern, die diesen freien Volksstaat wieder in einen Königsstaat umgestalten wollten. Zum Schutze des freien Volksstaates beteiligten sich in diesen Kapp-Tagen auch die Beamten an dem Generalstreik und sie haben dadurch den Rutschisten den Boden entzogen, die demokratische Republik gerettet und sich selbst die Möglichkeit ihrer Interessenvertretung durch die gewählten Körperschaften im Rahmen der Volksgemeinschaft erhalten.

Um ein derartig hohes, von der überwiegenden Volksmehrheit erstrebtes Ziel handelte es sich z. B. bei dem letzten Streik der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner nicht. Er war eine schwere Schädigung des Volksganges, ohne daß er den Beamten selbst höhere materielle Vorteile versprach, als sie auch ohne Streik durch die Ausnutzung aller Verhandlungsmöglichkeiten zu erringen in der Lage gewesen wären. Der Ausgang des Streiks hat das bestätigt. Er führte innerpolitisch zur Rahmlegung des Verkehrs, der Zufahren von Kohlen für die Gas- und Stromwerke und den Hausbrand, von Milch, Kartoffeln und andern Lebensmitteln nach den Bedarfsgebieten. Und er gab außerpolitisch der Kreditfähigkeit Deutschlands einen neuen schweren Stoß. Er leitete, ohne dem Kapitalismus in Deutschland irgendwie nennenswert wehe zu tun, den Kapitalisten und Imperialisten in den Ländern unserer früheren Kriegsgegner nur Wasser auf die Mühlen. Die französischen Besätze nach einer Weichung des Ruhrgebietes haben das gezeigt. Der Streik war also in jeder Beziehung eine Verhinderung am Wohle des ganzen deutschen Volkes und eine solche Verhinderung machen wir unter keinen Umständen mit. Daher muß unser Bestreben dahin gehen, das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten zu heben und sie zur Selbsttätigkeit zu erziehen, dann werden solche selbstmörderische Anschläge auf das Wohl der Volksgemeinschaft, deren Bield doch auch die Beamten sind, ganz von selbst verschwinden.

### Streik in den Dresdner Almetall- und Rohproduktfabrikationen

Die in den Dresdner Almetall- und Rohproduktfabrikationen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind Dienstag früh in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber Verhandlungen über Lohn-erhöhungen rundweg ablehnten. Mit welchen Mitteln die Arbeitgeber heute noch auf ihre Arbeitnehmer einzuwirken versuchen, beweist nachstehendes Schriftstück, das in den Betrieben ausgehängt worden ist:

#### An das Arbeitspersonal meiner Firma

#### Weir. Lohnforderungen.

- Die neuen Lohnforderungen mußten dem Arbeitgeberverband abgelehnt werden aus folgenden Gründen:
1. Die weitere Steigerung der Löhne kann nicht ertragen werden, da die Kalkulationen dadurch einseitig werden; für abgeschlossene Verträge jedoch auf Grund der erhöhten Löhne kein höherer Preis gefordert werden kann.
2. Die Arbeiter unserer Betriebe erhalten, ohne Alter, und sonstigen Unterschied, die höchsten Löhne im Transportarbeiterverband, teilweise mehrere Mark Stundenlohn mehr. Die Löhne übersteigen ein wesentliches die Löhne anderer Branchen (z. B. Kohlenarbeiter 9,00 M. Stundenlohn), auch die Löhne von selektierten Arbeitern. Das ist nicht haltbar, alle andern Städte, sogar Berlin, zahlen niedrigere Löhne!
3. Das Entgeltentommen bei der letzten Lohnveränderung sollte nicht auf diese Weise ausgenutzt werden.

#### Weir. eventuellen Streik.

- 1. Wer zu dem bisherigen Lohn weiter arbeiten will, wird weiter beschäftigt.
2. Wer am Mittwoch den 1. März 1923 früh zur Arbeit erscheint, gilt wegen Arbeitsverweigerung mit sofortiger Wirkung entlassen.
3. Neueinstellungen nach einem beendigten Streik erfolgen nur nach dem vorliegenden Bedarf.
4. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß durch die Entlassung die Arbeitsdauer in meiner Firma unterbrochen wird, also die Vorteile, wie Urlaub etc., hinfällig werden.
5. Ich bin gewillt, für Arbeitswilige Bestimmungen auszusagen, Vereinbarung darüber muß aber mit dem Arbeitgeberverband noch getroffen werden.
6. Ich hoffe im Interesse meiner Leute — auch kann es durch rechtzeitige Vorbereitung nicht führen —, daß durch Vernunft und kaltes Blut in der Arbeiterschaft der Streik vermieden werden kann.

#### Aus dem Fleisergewerbe

Man spricht und: Bei der Berufswahl wird in erster Linie immer zu prüfen sein: Welche Aussichten bestehen für das Gewerbe? Wie ist der Arbeitsmarkt beschaffen, und ist später, nach der Ausbildung, Gelegenheit, in dem erlernten Gewerbe auch tatsächlich Nahrung zu finden? Für das Fleisergewerbe kann das nicht bejaht werden. Hier war von jeher eine starke Beschäftigungslosigkeit vorhanden, die in keinem Verhältnis zum wirklichen Bedarf stand. Sie war vor dem Kriege in solchem Ausmaß schon zu finden, daß das Durchschnittsalter eines Fleischergehilfen nach den statistischen Erhebungen nur 24 Jahre betrug. Der Fleischverbrauchs betrug heute nur noch einen Teil der Vorkriegszeit, infolgedessen ist die Beschäftigungsmöglichkeit gegen früher noch geringer. In Städten, wo früher 50 bis 60 Gefellen anzutreffen waren, finden wir heute nur noch 6 bis 8 Gefellen, dagegen aber 20 bis 30 Bediente. Infolgedessen haben die einzelnen Landesregierungen einschränkende Bestimmungen über die Lehrlingshaltung im Fleisergewerbe erlassen, daß nur jeder Betrieb einen Lehrling halten darf, einen zweiten Lehrling nur dann, wenn eine paritätische Kommission ihr Einverständnis erteilt hat. Das führt die Fleischermeister aber nicht im geringsten. In Kaufmann sind noch die Fälle, wo zwei bis fünf Lehrlinge in einem Betriebe gehalten werden. Die Aussichten sind nicht allein gering im Hinblick auf die spätere Beschäftigung als Gehilfen, sondern noch geringer im Hinblick auf das Selbständigwerden. Daher ist im Interesse der jungen Leute dringend äußerste Zurückhaltung und Vorsicht bei der Erlernung des Fleisergewerbes geboten.

Die Arbeitnehmer des Fleisergewerbes nehmen Donnerstag den 2. März, 9 Uhr, im Braunschweiger Hof, Freiburger Platz, Stellung zu dem neuen Nachtrag an den Tarifvertrag.

Im Tapezierergewerbe Groß-Berlin ist ein Streik ausgebrochen, an dem etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Die Lohnkommission hatte das Angebot der Unternehmer als völlig unzureichend abgelehnt und daraufhin wurde dem Streik Beschloffen.

Die Arbeiter des Perlmutterhandels in Adorf i. V. sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Sie verlangen einen Stundenlohn von 17 M.

Der Verband der hiesigen Industriellen hat die streikenden Metallarbeiter aufgefordert, am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen. Aber der Aufforderung nicht nachkommend, gilt als freistatig entlassen.

Die Streikverordnung des Reichspräsidenten gab verschiedenen Ortsgruppen des Verbandes der Saitler und Hornleutner Veranlassung, den Ausschuß des Genossen Ebert aus diesem Verbande zu beantragen. In seiner letzten Sitzung beschloß sie sich der Verbot mit dieser Angelegenheit. Nach lebhafter Debatte wurde mit allen gegen acht Stimmen beschlossen, die Ausschlagsanträge abzulehnen.

### Sport • Spiel • Körperpflege

#### Ausschreibung zum Wahlloos des Athletikbezirks Dresden

Die alljährlich fall der Wahlloos der Klassen der Sportler heranzubringen. Der Bezirksausschuß glaubt, mit seinem Programm allen Wünschen gerecht zu werden. Die Organisation der Läufe wird ebenfalls eine ganze Anzahl Genossen bedürftigen, doch bei kritischer Befragung der Ausschreibungsbedingungen wird der Apparat klappen. Tag der Veranstaltung: 2. April, vormittags, im Gelände an der Bahnhofs-Weiden-Wann.

- 1. Wann er 2000 Meter, 5000 Meter und 10000 Meter;
2. Jugend 14—16 Jahre: 1500 Meter; 3. Jugend 16—18 Jahre: 3000 Meter; 4. Alle Herren über 35 Jahre: 1500 Meter; 5. Sportlerinnen 1500 Meter; 6. Sportlerinnen Jugend bis 18 Jahre: 1000 Meter.
1.—4. gemeldete Läufer eines Vereins haben einen Ordner mit zu nehmen, jede weiteren vier Läufer bedingen einen Ordner mehr. Nichtmelden oder Nichtantreten der Ordner nicht unbedingt Streikverstoß der Gemeldeten nach sich. Meldungen mit 3 M. Startgeld sind vereinsweise bis 9. April an Sportplatz A. Engel, Poststraße 15, 3., zu richten. 2 M. des Startgeldes werden nach Abgabe der Startnummern sofort zurückgezahlt. 1 M. wird zur Unterbreitung einbehalten. — Donnerstag, 2. April, 8 Uhr abends, Sitzung der Kampfrichter und Ordner im Volkshaus, Gesellschaftsraum. Dasselbe Ausgabe der Startnummern an die Ordner. Alle Interessenten zur Einleitung der Rennstrecken Treffpunkt Sonntag, 5. März, 8 Uhr vormittags, Weiden Wann. Engel.

#### Arbeiter-Turn- und Sportklub

Leuben, Sonnabend den 4. März 14. Stiftungsfest der Turnvereinabteilung. — Freie Turnerschaft Gohlis-Gohlis-Stech u. Umgebung, Sonnabend den 1. März 1. Turnstunde der 2. Abteilung im Saale von Baumgarten's Gasthof, Stech, Beginn abends 7 1/2 Uhr. — Dresden-K. (A. Abteilung, Friedrichstadt). Die für Sonnabend den 4. März angelegte Versammlung fällt aus. Sie findet erst Sonnabend den 11. März, in der Scherschütze statt.
Kampfsportverein Ostonia hält Donnerstag den 2. März im Krupp-Palast, Schillerstraße, einen Sportabend ab, der mit Lang verbunden ist. Es gelangen zur Aufführung: Ringkämpfe, Klaffische Gruppen, Heberriege und a. m. Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

### Generalversammlung des Sportartikels Dresden

Am Sonnabend fand die Generalversammlung unter zahlreicher Beteiligung aller dem Artikel angeschlossenen Sportorganisationen im Bürgerhaus statt. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende, Genosse Richard Kurt. Infolge seiner erst halbjährigen Tätigkeit konnte er keinen umfassenden Bericht erstatten. Trotzdem ist die Arbeit des Artikels eine intensive gewesen und von Erfolg gekrönt. Beim Reichsarbeiter-Sporttag war die Beteiligung aller Organisationen eine gute zu nennen. Besonders die Ausstellung konnte als außerordentlich bezeichnet werden. Leider ist der finanzielle Erfolg des Sporttags wenig zufriedenstellend gewesen. Zur Weisheit haben im vergangenen Jahre die Sportorganisationen mitgewirkt. Um einer einheitlichen Kampfer aller Arbeiter den Weg zu ebnen, wird das Sportartikels an die Parteien herantreten, dieses Ziel zu verwirklichen. Sollte wider Erwarten keine Einigung in dieser Frage erfolgen, so wird an das Ortsartikels der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes heranzutreten werden, daß dieses eine einheitliche Kampfer der Arbeiterschaft durchführt. Nur an einer solchen Seite werden die Arbeiter-Sportler begeisterten Anteil nehmen und tatkräftig mitwirken. Gegen die Herausgabe der Reichsarbeiter-Sportzeitung ist wohl Protest erhoben worden, der aber keinen Erfolg hatte. — Den Jahresbericht erstattete Genosse Weller. Die Kasse bilanziert mit 11 624,82 M. Reber hat die Selbstverwaltung stark behauptet in unse aufwendende Tätigkeit eingegriffen. Für Kurse an die Verbände sind aussehliche Reichthum gemährt worden, die aber doch noch nicht allen Anforder-

tungen gerecht werden konnten. Auf Antrag wird dem Kassierer ein stimmig Entlastung erteilt.

Die Berichte der einzelnen Sportorganisationen legen insgesamt Zeugnis ab von heiligem, kraftvollem Wachen. Intensive Arbeit wurde überall geleistet, und ein gut Teil Volkskraft und Volksgemeinschaft dadurch gebildet. Die Arbeiter-Sportorganisationen haben sich ein hohes Ziel gesetzt, und alle Kraft der Arbeiterschaft sollten sie darin unterstützen.

Der Bericht des Pressevertreter legt in kurzer Skizze unser Verhältnis zur Arbeiterpresse dar. Leider ist noch vieles zu fordern. Die Redaktionen schäuteten sich noch immer — angeblich wegen Raummangels — und mehr Raum zur Verfügung zu stellen. Mit Nachdruck muß hier Abhilfe geschaffen werden. Unser Sportede muß ganz anders ausgebaut und bearbeitet werden. Vor allem müssen wir selber wissen, was wir wollen. Die Bearbeitung der Sportede muß in eine Hand gelegt werden.

In der folgenden Ansprache nimmt der Pressebericht eines besonders breiten Raum ein. Es wird betont, daß alle Arbeiter-Sportler auch die Arbeiterpresse lesen müssen. Nur dann können wir mit Erfolg unsere Forderungen durchdrücken. Es wird hierbei beantragt, einen Presseauschuß einzusetzen. Dem wird zugestimmt. Ebenso wird beschlossen, daß die Bearbeitung der Sportede in eine Hand gelegt und Genosse Schwalbe damit beauftragt wird. — Mit der Pressefrage, der Agitation usw. wird sich die nächste Ausschließung befassen. In der Parteivertrag sprachen sich fast alle Redner für eine einheitliche Partei aus. Sollten die Parteien ihre Forderungen veranlassen, so hätten sie auf eine Einwirkung der Sportvereine nicht zu rechnen.

Den Bericht vom Amt für Selbstübungen gab ebenfalls Genosse A. Kurt. Er überreichte vorerst die Zusammenfassung des Ausschusses die nachdrücklich unsere Zustimmung haben kann. Die beantragte Erhöhung der Unterbringung vom Rat zu Dresden wird im kommenden Jahre 20 000 M. betragen. In vielen anderen wichtigen Fragen der Selbstübungen ist von unsren Vertretern die Initiative ergriffen worden, die größtenteils auch Erfolg hatte. Eine ganze Anzahl neuer Spiele und Sportplätze sind auf Drängen unserer Vertreter geschaffen worden. — In der hierauf folgenden Ansprache wurde betont, daß alle Sportorganisationen die Schulturnhallen vollständig freizufügung gestellt werden sollten. Was den Turnvereinen gewährt wird, muß den anderen Sportvereinen ebenfalls bewilligt werden. Die Vertretung im Ausschuß für Selbstübungen müsse unbedingt auf paritätischer Grundlage erfolgen. Einmütig wurde hierzu folgender Antrag angenommen: Die Generalversammlung betrachtet die heutige Zusammenlegung des städtischen Ausschusses für Selbstübungen als unhaltbaren Zustand. Die Generalversammlung beauftragt den Kartellvorstand, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um eine gerechte paritätische Zusammenlegung des A. f. S. unter allen Umständen zu erreichen.

Der Reichsarbeiter-Sporttag, der am 19. Juni stattfindet, stand als besonderer Punkt mit zur Beratung. Es sind hierbei schon verschiedene Schwierigkeiten in Erscheinung getreten, die noch der Überwindung bedürftig. Das vorgelagte technische Programm findet nicht allenthalben die Zustimmung. Ein Antrag, den Festzug zum Festtag dieses Jahr fallen zu lassen wurde abgelehnt.

Die neuwahlen zeitigen folgenden Ergebnisse: 1. Vorsitzender: Richard Kurt, 2. Vorsitzender: Kohl, 1. Kassierer: A. Weller, Schriftführer: Duhlig, Revisoren: Schelle und Rübke.

Der Kartellbeitrag wird für das laufende Jahr auf 20 Pf. pro Kopf festgesetzt. Als Beitrag für das Landespartikels wurden 400 M. bewilligt. Zwei Kurse über Sportmaske, geleitet von Dr. Limow, werden abgehalten. Meldungen werden von allen unsern Organisationen angenommen. — Ueber ein vom Verein für Volksgemeinschaft Dresden-K. geplantes Tisch- und Fußball in Baden werden eingehende Erläuterungen gegeben, die darin gipfeln, daß die Organisationen den Verein tatkräftig unterstützen sollen. P. Fr.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Rothmann; für Schulen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Barthel; für Stadtchronik u. Aus der Umgebung: Franz Holzgäpfel, sämtlich in Dresden; für den 8. Kreis und Lokales aus Preital: Richard Bombach, Wilsdruff; für den Inzeratenteil: Max Reichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Comp., Dresden.

**Wachtel's**  
Extrastärke  
vornehme  
**Dauerwäsche**  
blendend weiß, matt wie Leinen  
Alle Formen und Weiten vorrätig  
Spezialgeschäft für Dauerwäsche  
**S. Wachtel, Schössergasse 2.**

Die unsern teuern Dahingeschiedenen  
**Georg A. Jasmatzi**  
Konsul a. D.  
erwiesenen reichen Ehren und die überaus herzliche Anteilnahme an unserm schweren Verlust haben uns aufs tiefste bewegt, denn sie zeigten, welcher großen Liebe und Wertschätzung er sich überall erfreuen durfte.  
Vielen herzlichen Dank allen, die uns in so lieber Weise tröstend zur Seite standen.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

**Gruppe Gruna, Sebnitz, Reif.**  
Den Hinterbliebenen die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Genosse  
**Martin Hofmann**  
2. März, im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung ist bereits gestern Dienstag in Gruna erfolgt. Mitteilungs an Interessenten. — Ihre treuen Hinterbliebenen: Die Verwaltung.

Durch die traurige Nachricht, daß unser lieber Mann, unser guter Vater u. Großvater  
**Frig Deutscher**  
sanft entschlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung ist am Freitag, den 2. März, um 1 Uhr, im Krematorium zu Zwickau statt.

**Vereinigte Turner u. Säger zu Hebigau und Mitten.**  
Allen Hinterbliebenen die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Mitgl.  
**Max Winkler**  
Montag den 27. Februar verstorben ist. Wir werden seiner immer gedenken! Die Beerdigung findet Donnerstag den 2. März, vormittags 11 Uhr, im Krematorium zu Zwickau statt.

**TABAKS- PFEIFEN**  
**J.G. Gartner**  
Schloßstr. 5 (früher Gr. Dr. Idengast)  
Engros-Abt. für Wiederverkäufer!  
In keiner Wohnung fehlt die Volkszeitung!

**Strickjacken** sowie sämtliche Strickwaren  
Spezialhaus für Strickwaren  
**H. Otto Hofmann**  
Dresden-A., Sternplatz 2  
Eingang Annenstraße — Straßenbahnlinien 2, 16, 17, 7 und 26.







# Gewerkschaftsbewegung

## Das Streikrecht der Beamten

Die Beamtenschaft muß also lernen, ihr Streikrecht wirklich nur als äußerstes und letztes Mittel in Anspruch zu nehmen, wenn etwas ganz Großes, Schwermütiges auf dem Spiele steht, wenn z. B. die Gefahr besteht, daß durch eine Änderung der Staatsform die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen durch die gesetzgebenden Körperschaften in Frage gestellt wird. Daß solche Fälle denkbar sind, hat der Kapp-Putsch bewiesen. Hier galt es die Verteidigung der demokratischen Republik, des freien Volksstaates gegen eine Handvoll von Gewalttätigen, die diesen freien Volksstaat wieder in einen Obrigkeitsstaat umgestalten wollten. Zum Schutze des freien Volksstaates beteiligten sich in diesen Kapp-Tagen auch die Beamten an dem Generalstreik und sie haben dadurch den Kappisten den Boden entzogen, die demokratische Republik gerettet und sich selbst die Möglichkeit ihrer Interessenvertretung durch die gesetzgebenden Körperschaften im Rahmen der Volksgemeinschaft erhalten.

Um ein derartig hohes, von der überwiegenden Volksmehrheit erstrebtes Ziel handelte es sich z. B. bei dem letzten Streik der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner nicht. Er war eine schwere Schädigung des Volksganzen, ohne daß er den Beamten selbst höhere materielle Vorteile versprach, als sie auch ohne Streik durch die Ausnutzung aller Verhandlungsmöglichkeiten zu erringen in der Lage gewesen wären. Der Ausgang des Streiks hat das bestätigt. Er führte innerpolitisch zur Lahmlegung des Verkehrs, der Zufuhren von Kohlen für die Gas- und Stromwerke und den Hausbrand, von Milch, Kartoffeln und andern Lebensmitteln nach den Bezugsgebieten. Und er gab außerpolitisch der Kreditfähigkeit Deutschlands einen neuen schweren Stoß. Er leitete, ohne dem Kapitalismus in Deutschland irgendwie nennenswert wehe zu tun, den Kapitalisten und Imperialisten in den Ländern unserer früheren Kriegsgegner nur Wasser auf die Mühlen. Die französischen Gelüste nach einer Verletzung des Ruhrgebietes haben das gezeigt. Der Streik war also in jeder Beziehung eine Verleumdung am Wohl der ganzen deutschen Nation und eine solche Verleumdung machen wir unter keinen Umständen mit. Daher muß unser Bestreben dahin gehen, das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten zu heben und sie zur Selbsttätigkeit zu erziehen, dann werden solche selbstmörderische Anschläge auf das Wohl der Volksgemeinschaft, deren Glied doch auch die Beamten sind, ganz von selbst verschwinden.

## Streik in den Dresdner Metall- und Rohprodukthandlungen

Die in den Dresdner Metall- und Rohprodukthandlungen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind Dienstag früh in den Streik getreten, weil die Arbeitgeber Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen rundweg ablehnten. Mit welchen Mitteln die Arbeitgeber heute noch auf ihre Arbeitnehmer einzuwirken versuchen, beweist nachstehendes Schriftstück, das in den Betrieben angehängt worden ist:

An das Arbeitspersonal meiner Firma.

Die neuen Lohnforderungen müßten vom Arbeitgeberverband abgelehnt werden aus folgenden Gründen:

1. Die weitere Steigerung der Löhne kann nicht ertragen werden, da die Kalkulationen dadurch hinfällig werden: für abgeschlossene Verträge jedoch auf Grund der erhöhten Löhne kein höherer Preis gefordert werden kann.
2. Die Arbeiter unserer Branche erhalten, ohne Alters- und sonstigen Unterschied, die höchsten Löhne im Transportarbeiter-Schwarz, teilweise mehrere Mark Stundenlohn mehr. Die Löhne übersteigen ein wesentliches die Löhne anderer Branchen (z. B. Kohlenarbeiter 9,00 M. Stundenlohn), auch die Löhne von gelerntem Arbeitern. Das ist nicht haltbar, alle andern Städte, sogar Berlin, zahlen niedrigere Löhne!
3. Das Entgegenkommen bei der letzten Lohnverhandlung sollte nicht auf diese Weise ausgenutzt werden.

### Setz. ebenbürtigen Streit.

1. Wer zu dem bisherigen Lohn weiter arbeiten will, wird weiter beschäftigt.

2. Wer am Mittwoch den 1. März 1922 früh nicht zur Arbeit erscheint, gilt wegen Arbeitsverweigerung mit sofortiger Wirkung entlassen.

3. Neueinstellungen nach einem beendigten Streik erfolgen nur nach dem vorliegenden Bedarf.

4. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß durch die Entlassung die Arbeitsdauer in meiner Firma unterbrochen wird, also die Vorteile, wie Urlaub pp., hinfällig werden.

5. Ich bin gewillt, für Arbeitswichtige Belohnungen auszusuchen, Bereinbarung darüber muß aber mit dem Arbeitgeberverband noch getroffen werden.

6. Ich hoffe im Interesse meiner Leute — und kann es durch rechtzeitige Vorbereitung nicht führen —, daß durch Vernunft und kaltes Blut in der Arbeiterschaft der Streik vermieden werden kann.

Kommentar überflüssig.

## Aus dem Fleischergewerbe

Man schreibt uns: Bei der Berufswahl wird in erster Linie immer zu prüfen sein: Welche Aussichten bestehen für das Gewerbe? Wie ist der Arbeitsmarkt beschaffen, und ist höher, nach der Ausbildung, Gelegenheit, in dem erlernten Gewerbe auch tatsächliche Nahrung zu finden? Für das Fleischergewerbe kann das nicht bejaht werden. Hier war von jeher eine starke Lehrlingsausbildung vorhanden, die in keinem Verhältnis zum wachsenden Bedarf stand. Seit dem Krieg in solchem Ausmaß schon zu finden, daß das Durchschnittsalter eines Fleischergesellen nach dem statistischen Erhebungen nur 24 Jahre betrug. Der Fleischverbrauch betrug heute nur noch einen Teil der Vorkriegszeit, infolgedessen ist die Beschäftigungsmöglichkeit gegen früher noch geringer. In Städten, wo früher 50 bis 60 Stellen anzutreffen waren, finden wir heute nur noch 6 bis 8 Stellen, dagegen aber 20 bis 30 Lehrlinge. Infolgedessen haben die einzelnen Landesregierungen einschneidende Bestimmungen über die Lehrlingshaltung im Fleischergewerbe erlassen, daß nur jeder Betrieb einen Lehrling halten darf, einen zweiten Lehrling nur dann, wenn eine paritätische Kommission ihr Einverständnis erteilt hat. Das führt die Fleischmeister aber nicht im geringsten. In Lausitz sind noch die Fälle, wo zwei bis fünf Lehrlinge in einem Betriebe gehalten werden. Die Aussichten sind nicht allein gering im Hinblick auf die spätere Beschäftigung als Geselle, sondern noch geringer im Hinblick auf das Selbständigmachen. Daher ist im Interesse der jungen Leute dringend äußerste Zurückhaltung und Vorsicht bei der Erlernung des Fleischergewerbes geboten.

Die Arbeitnehmer des Friseur- und Haarschneidergewerbes nahmen Donnerstag den 2. März, 8 Uhr, im Braunschwäger Hof, Freiberger Platz, Stellung zu dem neuen Tarifvertrag.

Im Tapezierergewerbe Groß-Berlin ist ein Streik ausgebrochen, an dem etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind. Die Lohnkommission hatte das Angebot der Unternehmer als völlig unzureichend abgelehnt und daraufhin wurde dann der Streik beschlossen.

Die Arbeiter der Verleimungsindustrie in Abort i. V. sind wegen Lohnforderungen in den Verhandlungen getreten. Sie verlangen einen Stundenlohn von 17 M.

Der Verband der hessischen Industriellen hat die freitenden Metallarbeiter aufgefordert, am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen. Der der Aufforderung nicht nachkommt, gilt als fristlos entlassen.

Die Streikverordnungen des Reichspräsidenten gab verschiedene Ortsgruppen des Verbandes der Gärler und Portefeulleur-Gewerkschaft, den Ausschluß des Genossen Gertz aus diesem Verbande zu beantragen. In seiner letzten Sitzung beschloß die Gewerkschaft mit dieser Angelegenheit. Nach lebhafter Debatte wurde mit allen gegen acht Stimmen beschlossen, die Ausschlußanträge abzulehnen.

## Sport • Spiel • Körperpflege

### Vorbereitung zum Waidlauf des Athletikbezirks Dresden

Die alljährlich soll der Waidlauf die Massen der Sportler herausbringen. Der Bezirksausschuß glaubt, mit seinem Programm allen Wünschen gerecht zu werden. Die Organisation der Läufe wird ebenfalls eine ganze Anzahl Genossen benötigen, doch bei streifiger Beteiligung der Auszubildenden wird der Apparat klappen. Tag der Veranstaltung: 21. April, vormittags, im Gelände an der Schminke-Wälder-Kamp.

1. Männer ab 2000 Meter, 5000 Meter und 10000 Meter;
2. Jugend 14—18 Jahre: 1500 Meter; 3. Jugend 16—18 Jahre: 2000 Meter; 4. Alle Herren über 35 Jahre: 1500 Meter; 5. Sportlerinnen 1500 Meter; 6. Sportlerinnen Jugend bis 18 Jahre: 1000 Meter. 1—4 gemeldete Läufer eines Vereins haben einen Ordner mit zu nehmen, jede weiteren vier Läufer bedingen einen Ordner mehr. Nichtmelde- oder Nichtantreten der Ordner zieht unbedingt den Verlust der Gemeldeten nach sich. Meldungen mit 3 M. Startgeld sind verbindlich bis 4. April an Sportwart A. Engel, Poststraße 15, 8, zu richten. 2 M. des Startgeldes werden nach Aufgabe der Startnummer sofort zurückgezahlt. 1 M. wird zur Unterbrechung einbehalten. — Donnerstag, 21. April, 6 Uhr abends, Sitzung der Kampfrichter und Ordner im Volkshaus, Gesellschaftszimmer. Dasselbst Ausgabe der Startnummern an die Ordner. Alle Interessierten zur Entstellung der Rennstrecken Treffpunkt Sonntag, 3. März, 8 Uhr vormittags, Wälder-Kamp, Engel.

### Arbeiter-Turn- und Sportbund

Leuben, Sonnabend den 4. März 14. Stiftungsfest der Turnerinnenabteilung. — Freie Turnerschaft GutsMuths-Gez. u. Amargenb. Sonnabend den 3. März 1. Turnstunde der 2. Abteilung im Saale von Baumgartens Gasthof, Stedch. Weg, abends 7 1/2 Uhr. — Dresden-A. 13. Abteilung, Friedrichstraße. Die für Sonnabend den 4. März angeordnete Versammlung fällt aus. Sie findet erst Sonnabend den 11. März, in der Schäferhütte statt.

Krausportverein Helonia hält Donnerstag den 2. März im Krill-Palast, Schäferstraße, einen Sportabend ab, der mit Tanz verbunden ist. Es gelangen zur Aufführung: Ringkämpfe, Staffette Gruppen, Scherriege und a. m. Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.

## Generalversammlung des Sportartells Dresden

Am Sonnabend fand die Generalversammlung unter zahlreicher Beteiligung aller dem Kartell angeschlossenen Sportorganisationen im Bürgerhaus statt. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende, Genosse Richard Kurt. Infolge seiner erst halbjährigigen Tätigkeit konnte er keinen umfassenden Bericht erstatten. Trotzdem ist die Arbeit des Kartells eine intensive gewesen und von Erfolg gekrönt. Beim Reichsarbeiterkongress war die Beteiligung aller Organisationen eine gute zu nennen. Besonders die Ausstellung aller Organisationen wurde beachtet. Leider ist der finanzielle Erfolg des Kartells wenig zufriedenstellend gewesen. Zur Waisefer haben im vergangenen Jahre die Sportorganisationen mitgewirkt. Um einer einheitlichen Waisefer aller Arbeiter den Weg zu ebnen, wird das Sportartell an die Parteien herantreten, dieses Ziel zu verwirklichen. Sollte wider Erwarten keine Einigung in dieser Frage erfolgen, so wird an das Ortsartell des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herangetreten werden, daß dieses eine einheitliche Waisefer der Arbeiterenschaft durchführt. Nur an einer solchen Waisefer werden die Arbeiterpartei begeisterten Anteil nehmen und tatkräftig mitwirken. Wegen der Herausgabe der Reichsarbeiterzeitung ist wohl Protest erhoben worden, der aber keinen Erfolg hatte. — Den Jahresbericht erstattete Genosse Weller. Die Kasse bilanziert mit 11 094,92 M. Leider hat die Geldentwertung stark hemmend in unsere aufbauende Tätigkeit eingegriffen. Für Kurze an die Verbände sind ansehnliche Beiträge gewährt worden, die aber doch noch nicht allen Anforderungen gerecht werden konnten. Auf Antrag wird dem Kassierer eine einstimmig Entlassung erteilt.

Die Berichte der einzelnen Sportorganisationen legen indessen Zeugnis ab von stetigem, kräftigem Wachsen. Intensive Arbeit wurde überall geleistet, und ein gut Teil Volkskraft und Volksgesundheit dadurch gehoben. Die Arbeiter-Sportorganisationen haben sich ein hohes Ziel gesetzt, und alle Streit der Arbeiterwelt sollen sie darin unterstützen.

Der Bericht des Pressevertreter legt in kurzer Skizze unter Verhütung zur Arbeiterpresse dar. Leider ist noch vieles zu fordern. Die Redaktionen kränken sich noch immer — angeblich wegen Raummangels — und mehr Raum zur Verfügung zu stellen. Mit Nachdruck muß hier Hilfe geschaffen werden. Unfruchtbar muß ganz anders angebahnt und bearbeitet werden. Vor allem müssen wir helfen wollen, was wir wollen. Die Bearbeitung der Sportseite muß in eine Hand gelenkt werden.

In der folgenden Ansprache nimmt der Pressebericht eines besonders dreien Raum ein. Es wird betont, daß alle Arbeiter-Sportler auch die Arbeiterzeitung lesen müssen. Nur dann können wir mit Erfolg unsere Forderungen durchdrücken. Es wird hierbei beantragt, einen Preisausschuss einzusetzen. Dem wird zugestimmt. Ebenso wird beschlossen, daß die Bearbeitung der Sportseite in eine Hand gelenkt und Genosse Schwabe damit beauftragt wird. — Mit der Pressefrage, der Agitation usw. wird sich die nächste Kartellversammlung befassen. In der Kartellversammlung wurden sich fast alle Redner für eine einheitliche Feier aus. Sollten die Parteien ihre Feiern gesondert veranstalten, so hätten sie auf eine Verzerrung der Sportbetriebe nicht zu rechnen.

Den Bericht vom Amt für Leibesübungen gab ebenfalls Genosse R. Kurt. Er schilderte vorerst die Zusammenlegung des Ausschusses, die natürlich nicht unsere Zustimmung haben kann. Die beantragte Erhöhung der Beteiligung vom 100 auf 200 Prozent im kommenden Jahre 2000 M. betragen. In vielen anderen wichtigen Fragen der Leibesübungen ist von unseren Vertretern die Initiative ergriffen worden, die größtenteils auch Erfolg hatte. Eine ganze Anzahl neuer Spiele und Sportplätze sind auf Drängen unserer Vertreter geschaffen worden. — In der hierauf folgenden Ansprache wurde ebenfalls betont, daß allen Sportorganisationen die Schulstunden vollständig frei zur Verfügung gestellt werden sollten. Das den Turnvereinen geschieht wird, muß den andern Sportvereinen ebenfalls bewirkt werden. Die Vertretung im Ausschuss für Leibesübungen muß unbedingt auf paritätischer Grundlage erfolgen. Einmütig wurde hierauf folgender Antrag angenommen: Die Generalversammlung beschließt die heutige Zusammenlegung des städtischen Ausschusses für Leibesübungen als unzulässigen Zustand. Die Versammlung beschließt den Kartellvorstand, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um eine gerechte paritätische Zusammenlegung des A. L. S. unter allen Umständen zu erreichen.

Der Reichsarbeiterkongress, der am 19. Juni stattfindet, stand als besonderer Punkt auf der Tagesordnung. Es sind hierbei schon verschiedene Schwierigkeiten in Erscheinung getreten, die noch der Überwindung bedürfen. Das folgende Schriftstück: Programm findet nicht allenfalls die Zustimmung. Ein Antrag des Kartells zum Kartell dieses Jahr fallen zu lassen, wurde abgelehnt.

Die Resolutionen der letzten Kartellversammlung sind: 1. Vorsitzender: Richard Kurt, 2. Vorsitzender: Karl L. Kassierer: A. Weller, Schriftführer: Wählig, Revisoren: Schelle und Gähde.

Der Kartellbeitrag wird für das laufende Jahr auf 20 Pf. pro Kopf festgesetzt. Als Beitrag für das Landespartikartell wurden 400 M. bewilligt. Zwei Kurse über Sportmassage, geleitet von Dr. Knorr, werden abgehalten. Abkündigungen werden von allen unseren Organisationen angenommen. — Heber ein vom Verein für Volksgesundheit Dresden-Ost geplantes Licht- und Musikab in Pöcher werden eingehende Erläuterungen gegeben, die darin gipfeln, daß die Organisationen den Verein tatkräftig unterstützen sollen. P. Fr.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Kochmann; für Sachfragen u. Gewerkschaftsbewegung: Paul Wastel; für Stadt- und Kreispolitik: Franz Dolzappel, sämtlich in Dresden; für den 8. Kreis und Reichsamt: Richard Pommer, Bismarckstr.; für den Inlandteil: Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Comp., Dresden.



**Wachtel's**  
Extrastärke  
vornehme  
**Dauerwäsche**  
blendend weiß, matt wie Leinen  
Alle Formen und Weiten vorzüglich  
Spezialgeschäft für Dauerwäsche

**S. Wachtel, Schössergasse 2.**

Die unserm teuern Dahingeshiedenen

## Georg A. Jasmatzi

Konsul a. D.

erwiesenen reichen Ehren und die überaus herzliche Anteilnahme an unserm schweren Verlust haben uns aufs tiefste bewegt, denn sie zeigten, welcher großen Liebe und Wertschätzung er sich überall erfreuen durfte.

Vielen herzlichen Dank allen, die uns in so lieber Weise tröstend zur Seite standen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

(453)

**Gruppe Gruns, Seidnig, Reif.**

Den Waidlauf die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Genosse

**Martin Hofmann**

am 21. März im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung ist bereits gestern Dienstag in Dresden erfolgt. Anteilnahme zu hoch eingeschrieben. — Wäre seinem Wunsche! Die Verwaltung.

Stierdurch die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater u. Großvater

### Fritz Deutscher

am 21. März verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 2. März, vormittags 11 Uhr, im Krematorium zu Zöllnerstr. 118/180 statt.

**Vereinigte Turner u. Sängern zu Rebnigau und Mitten.**

Allen Mitglieder die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied

**Mag. Wintler**

am 21. März im Alter von 67 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet Donnerstag den 2. März, vormittags 11 Uhr, im Krematorium zu Zöllnerstr. 118/180 statt.

Gez. 1922



## TABAKS- & PFEIFEN

### J.G. Görtner

Schloßstr. 5 (früher Gr. Brüdergasse)  
Engros-Abt. für Wiederverkäufer!

An feiner Wohnnung lehle die Volkszeitung!

# Strickjacken

sowie sämtliche Strickwaren kauft man am besten im

## Spezialhaus für Strickwaren

# H. Otto Hofmann

Dresden-A., Sternplatz 2

Eingang Annenstraße — Straßenbahnlinien 2, 16, 13, 7 und 26.



